Dieselöl Benzin
HEIZOELHAURI
Th. Hauri Brennstoffe AG
Wehntalerstrasse 366 8046 Zürich
Telefon 044 371 27 75 / 371 28 88

Freitag, 7. März 2014 | Nr. 10 | 56. Jahrgang

AZA
CH-8820 Wädenswil
P.P. / Journal
Post CH AG
Retouren an: Stutz Druck, Postfach 465, 8820

Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND
PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

AUFSTAND DER MEDIOKEREN MASSLOSEN

Direkte Demokratie garantiert Masshalten

Linke sind lausige Verlierer. Wo ihnen Gerichtsurteile nicht passen, fordern sie Härtefallkommissionen oder probieren es mit Demokratie. Und wo sie nach demokratischer Ausmarchung unterliegen, rufen sie nach dem Richter oder stellen gleich das ganze System infrage. Sekundiert werden sie dabei von Qualitätsjournalisten wie Felix E. Müller von der «NZZ am Sonntag».

Claudio Zanetti
Kantonsrat SVP
Gossau ZH

Im politischen Journalismus ist kein Argument und kein Gedankengang zu abwegig, um nicht von einem unserer Qualitätsmedien begierig aufgenommen und in geisttötender Manier kolportiert zu werden. Auf den intellektuellen Nullpunkt sinkt das Niveau, wenn man sich davon eine Spitze gegen die grösste Partei im Lande verspricht. Selbst die einfachsten Gedankengänge scheinen unmöglich.

Besonders die Sonntagspresse setzt in dieser Hinsicht ständig neue Massstäbe. Als beispielsweise Christoph Blocher ziemlich am Anfang seiner Amtszeit als Bundesrat die Landesregierung als «Blackbox» bezeichnete und Massnahmen vorschlug, um Transparenz in die Entscheidungsfindungsprozesse zu bringen, die jeden Bürger und jede Bürgerin des Landes betreffen, brachte er damit seinen cholerischen Amtskollegen Pascal Couchepin auf die Palme. Mit dem Argument, Transparenz, wie sie Blocher fordere, kenne man nur in totalitären Systemen, trug er schliesslich unter medialem Applaus den Sieg davon.

« Die direkte Demokratie strebt nach Ausgleich.»

Plauderei zu Propagandazwecken

Es blieb black in der Box, denn kein einziger Journalist konfrontierte Couchepin damals mit seiner stupiden Aussage und stellte ihm die naheliegende Frage, ob es nicht gerade Kennzeichen von totalitären Systemen sei, dass die Machthaber Transparenz und demokratische Kontrolle scheuen, wie der Teufel das Weihwasser. Vergangenes Wochenende liess die «Schweiz am Sonntag» den altlinken GSoA-Mann und Ex-Vize-Bundeskanzler Oswald Sigg zu Wort kommen. Genauer: Es war Henry Habegger, ein in der Wolle gefärbter SVP-Hasser, der selbst dem «Blick» zur Belastung wurde, der Sigg unwidersprochen sagen liess, unsere direkte Demokratie verkomme zur Oligarchie, also zur Herrschaft von wenigen. Er tat dies mit Bezug auf die Volksabstimmungen über den EWR und die Masseneinwanderung, also von Entscheidungen, zu denen 2,9, bzw. 3,5 Millionen Stimmbürgerinnen und Stimmbürger beitrugen. Nur ein Tor kann da von Oligarchie sprechen, und es zeugt von unglaublicher Arroganz, dem Volk vorzuwerfen, es lasse sich von wenigen Reichen verführen. Wenn dem so wäre, hätte die vereinigte Anti-SVP-Parteienfront im Verbund mit einer erdrückenden Medienübermacht und den Wirtschaftsverbänden in beiden Abstimmungen einen glänzenden Sieg davontragen müssen. Auch die Forderung Siggs nach Transparenz in Sachen Kampagnenfinanzierung hätte sich – mit Blick auf die Ausschaffungsinitiative – garantiert als Bumerang erwiesen.

Dass Oswald Sigg selber wiederholt Promotor von Volksinitiativen war und ist, wird zwar am Rande erwähnt, aber Stichwortgeber Henry Habegger denkt natürlich gar nicht daran zu fragen, weshalb ausgerechnet Siggs Volksinitiativen keine Gefahr für das Gemeinwesen und keinen Missbrauch des Initiativrechts darstellen sollen. Dabei wäre insbesondere die Antwort auf die Frage, warum es unproblematisch sein soll, dass der leistungserbringende Teil der Bevölkerung für den sich selber verwirklichenden Teil arbeiten soll, wie es die Initiative für ein bedingungslos garantiertes Grundeinkommen fordert, von einigem Interesse. Darf die Mehrheit – unter dem Deckmantel der Demokratie – die wohlhabende Minderheit ausplündern, oder garantiert nicht die Bundesverfassung den Schutz des Eigentums?

Eines Produktes aus dem Hause NZZ unwürdig

In die gleiche Liga wie Henry Habegger gehört Felix E. Müller, Chefredaktor der «NZZ am Sonntag». Der arbeitete zwar nie beim «Blick», ist aber den gleichen Qualitätsstandards verpflichtet. Beweis gewünscht? Am 16. Oktober 2013 erschien in der «NZZaS» folgende Nachricht: «Blochers Name taucht in Schmiergeld-Affäre in Griechenland auf.» Irgendein Journalist des griechischen Super RTL-Äquivalents, «Extra 3 TV» behauptet, Christoph Blocher solle als Bundesrat Schmiergeld vom ehemaligen griechischen Ex-Verteidigungsminister Akis Tsochatzopoulos erhalten haben.

Der erklärte Feind der Linken und der mit ihnen verbandelten «NZZ am Sonntag», soll also ein korrupter Filou sein. Ein ungeheuerlicher Vorwurf, den da ein angebliches Qualitätsblatt in den Raum stellt – und stehen lässt. Belegt wird selbstverständlich nichts. Und als hätte man sich um eine ausgewogene Berichterstattung bemüht, schliesst der Artikel mit dem Satz: «Christoph Blocher war am Samstag für eine Stellungnahme nicht erreichbar.» Tatsächlich? Wäre es da angesichts der Gewichtigkeit der Thematik nicht naheliegend gewesen, die Sache zur weiteren Behandlung um eine Woche zu verschieben oder der «normalen» NZZ zu übertragen?

Nach rund zwei Monaten erkundigte sich der Schreibende bei Felix E. Müller, ob irgendwann nochmals etwas zu der Sache erscheinen werde, etwa der Hinweis an die geneigte Leserschaft, dass nichts am Bericht dran sei. Das sei nicht vorgesehen, so Müller, man habe nur informieren wollen, dass ein griechischer Journalist einen Vorwurf gegen einen prominenten Schweizer Politiker erhebe. Und schliesslich habe Roger Köppel in der «Weltwoche» auch schon negativ über ihn – Müller – geschrieben. Was kümmert angesichts solcher absurder Logik der Inhalt?

Der Quartiersvereinspräsident und die Bundesrätin

Dumm ist Felix E. Müller wohl nicht, aber sobald in einer Angelegenheit ein Bezug zu SVP besteht, oder sich ein solcher auch nur mit viel Mühe konstruieren lässt, setzt bei ihm das Denken aus. Als eingefleischter Eveline Widmer-Schlumpf-Fan verteidigt er die Verräterin ihrer eigenen Partei durch alle Böden hindurch. Der Hass auf die SVP verbindet die beiden. Als Präsident des Quartiersvereins Fluntern, der sich lieber Zunft nennt, lud Müller die Magistratin nach ihrer Wahl in den Bundesrat ans Sechseläuten ein. Freilich kam es letztlich nicht zum Triumph, denn aus «Sicherheitsgründen» lud er die Dame wieder aus. Angesichts drohender Heckenschützenangriffe seitens der SVP(!) sei ein öffentlicher Auftritt schlicht nicht zu verantworten.

« Sie ist gegenüber «grossen Würfen» und «starken Männern» skeptisch.»

Vom Wundenlecken zum Angriff

Nicht nur die internationalistische Linke, sondern auch die Mainstream-Journaille und «die Wirtschaft» haben am 9. Februar 2014 eine bittere Niederlage einstecken müssen. Die Bildung einer Allianz der Verlierer war darum naheliegend. Am 23. Februar 2014 holte Felix E. Müller zu einem ersten Schlag aus: Die direkte Demokratie bringe Unruhe in die Schweizer Politik und in «der Wirtschaft» mache sich Sorge breit, schreibt er. Warum denn? Etwa weil das Schweizer Volk der gewerkschaftlichen Forderung nach mehr bezahlten Ferien eine klare Absage erteilte? Oder weil es den Beitritt zum EWR ablehnte, was unserem Land nachweislich zum Segen gereichte? Oder weil das Volk den Staatsapparat zum finanziellen Masshalten zwingt, indem es mit überwältigendem Mehr Schulden- und Ausgabebremsen beschliesst?

Felix E. Müller erinnert mit seinem Gejammer an den weinerlichen Lukas Mühlemann, der vor Jahren zur Verteidigung des «Weissbuches» ebenfalls die Fesseln beklagte, die ihm durch die direkte Demokratie auferlegt seien. Gerade weil man sich nicht viel Schlimmeres vorstellen kann als die Entfesselung solcher Leute, braucht es die direkte Demokratie. Sie gewährleistet die Kontrolle, zu der Gefälligkeitsjournalisten wie Felix E. Müller weder gewillt noch in der Lage sind. Die direkte Demokratie strebt nach Ausgleich. Sie zwingt zum Masshalten. Sie zeigt masslosen Managern Grenzen auf, lehnt aber Lohndiktate ab. Sie lehnt eine unkontrollierte, nicht mehr absorbierbare, weil masslose Zuwanderung ab und bleibt dabei offen für den freien Handel und den Austausch mit der ganzen Welt.

Die direkte Demokratie ist gegenüber «grossen Würfen» und «starken Männern» skeptisch, viel lieber sind ihr ein überdurchschnittliches Gesamtwohl. Den Beweis ihrer Überlegenheit hat die direkte Demokratie der Schweiz hinreichend erbracht. Das erkennt leicht, wer nicht nur von offenen Grenzen palavert, sondern diese auch tatsächlich überquert, um sich im Ausland ein Bild von der Realität zu machen.

Landhaus im frz. Pyrenäenvorland

Nähe Lourdes in absolut ruhiger Wohnlage inmitten Park 5400 m², mit Mauer umrandet, Wohnfläche 240 m², grosse Stube mit Cheminée, Esszimmer, voll ausgerüstete Küche, Entrée mit WC, 2 Büros, 5 Schlafzimmer, 3 Badzimmer und 2 sep. WC, Mezzanine, 90 m² unterkellert, mit Werkstatt oder Spielraum, Keller, Waschküche (Gas und Elektrisch), Sauna und Dusche, 3 Terrassen, Barbecue, Doppelgarage, grosses Gartenhaus, Tennisplatz, total möbliert, gedecktes Schwimmbad, mit allen europ. TV-Stationen, nur 200 m zu den Läden, Energieklasse D.
Einmalige Gelegenheit: Verhandlungspreis € 485 000.–.

Heinz Klaus, CH-7143 Morissen
Tel. 081 932 22 04 oder 079 610 54 74
in F +335 62 98 12 18 I klaus.heinz@bluewin.ch

CCG
Event-Technik

CCG-Mietpark
Bramenstrasse 8
8184 Bachenbülach
Tel. +41 (0)44 307 11 55
www.ccg.ch

Liebe Leserinnen und Leser
Wissen Ihre Geschäftsfreunde und -partner, dass sie hier für nur 320 Franken beste Werbung für Ihre Produkte und Dienstleistungen machen können?
Danke, dass Sie ihnen diese Möglichkeit empfehlen!
Ihr Zürcher Bote
****
Inserate «Der Zürcher Bote»:
print-ad kretz gmbh
Tramstr. 11, 8708 Männedorf
Tel. 044 924 20 70
fredi.kretz@kretzgmbh.ch

WINTERAKTION* 6%
RENOVATIONS-FENSTER!
Das revolutionäre Fenstersystem erlaubt einen **sanften** und **schnellen Ersatz** ohne Baustelle.
Jetzt Gratis-Fachberatung anfordern:
044 955 25 25
Die Spezialisten für EgoKiefer Fenster und Türen
RENOVAFENSTER Fenster sanft ersetzen
* Bei Montage bis 31.3.2014
RENOVAFENSTER AG | Allmendstrasse 12 | 8320 Fehraltorf
www.renovafenster.ch

14-104-SZ

SAUGLATTE
FRÜHLINGS-AUSSTELLUNG
22. & 23. MÄRZ 2014
Persönlich. Ihre
Emil Frey
Seegarage Zollikon Erlenbach

Christoph Mörgeli

Aber bitte mit Fachbeamten

Einer der 43 889 neuen Schweizer Bürger des Jahres 2007 hiess Jürgen Udo Bockelmann. Der Öffentlichkeit ist Bockelmann auch bekannt als Schlagersänger Udo Jürgens. Sein Recht auf freie Meinungsäusserung nahm der österreichische Wahlschweizer nach Annahme der Massenzuwanderungsinitiative wie folgt wahr: «Das hat mich geschockt und enttäuscht», offenbarte er der Bild-Zeitung. «Ich habe mich nach dieser Entscheidung für die Schweiz geschämt.»

Für seine Schamhaftigkeit war Udo Jürgens («Es lebe das Laster») bislang nicht bekannt. Jetzt aber verurteilt er die «antieuropäische Haltung der Eidgenossen». Es sei doch grossartig, «einem Kontinent anzugehören, der die grösste Kulturdichte der Welt bildet». Offenbar findet es unser Souverän aber weniger grossartig, einem Staat anzugehören, der die grösste Menschendichte der Welt bildet. Wenn es nach Udo ginge, hätte man am 9. Februar erst gar nicht abstimmen dürfen: «Ich bin absolut gegen Volksabstimmungen, wenn es um komplexe Sachfragen geht. Man darf nicht alles das Volk entscheiden lassen, dazu sind vom Volk gewählte Politiker und die Fachbeamten da.»

Na dann Servus, Herr Hofrat. Küss die Hand, Frau Landeshauptfrau. Aber bitte nicht bei uns. Das Problem unserer laschen Einbürgerungspraxis besteht darin, dass die Neuschweizer die direkte Demokratie nicht mit der Muttermilch aufgesogen haben. Die erste Politisierung von Udo Jürgens geschah dummerweise in der Hitlerjugend. Und da war die direkte Demokratie nicht gerade Pflichtfach. Dafür triefen seine späteren Lieder nur so von Sozialkitsch. Gegen Spiessbürger, Umweltsünden, Atomkraft, Wettrüsten oder Männerherrschaft.

Mit dem Song «Die riesengrosse Gier» geisselt Udo Jürgens neuerdings die «flimmernden Kurse», die «Renditen» und das «Kapital». «Die Menschen hungern, und die Börse hungert nach dem Höchstgebot.» Donnerwetter. Als Prolet war der schwerreiche Rolls-Royce-Fahrer von der Goldküste bislang nicht bekannt. Vielmehr wurde ihm seine Übersiedlung in die Schweiz vielfach als Steuerflucht ausgelegt. Die bessere Steuersituation verdankt er dem hiesigen Volk. Also weder den «Politikern» noch den «Fachbeamten». Merke: Politik sollte etwas mit der Wirklichkeit der Menschen zu tun haben. Bei Udos Schnulzentexten und Politkommentaren ist das definitiv nicht der Fall.

BERICHT 1. WOCHE FRÜHJAHRSSESSION

Sesselrücken im Bundeshaus zwischen den Wahlen

Fast unbemerkt erneuert sich die Bundesversammlung jeweils zwischen den Wahljahren, wie ein Blick auch auf die Mutationen 2011–15 zeigt. Die erste Frühjahrs-Sessionswoche war zum Beispiel auch die letzte Bern-Woche für den früheren FDP-Präsidenten und Tessiner Nationalrat Fulvio Pelli. Auf ihn folgt Giovanni Merlini (51). Er wird am nächsten Montag in der Grossen Kammer vereidigt.

Hans Egloff
Nationalrat SVP
Aesch ZH

Hans Kaufmann wird sein Mandat per Anfang Mai niederlegen. In seinem Rücktrittsschreiben kritisiert unser Zürcher Kollege die «wenig erbauliche Zusammenarbeit mit dem Bundesrat und einigen Hinterleuten in Themen, die den Finanzplatz, Steuern und internationale Abkommen betreffen». Die Nachfolge für den ausgewiesenen Finanzfachmann ist noch offen. Insgesamt 14 der 246 Volks- und Standesvertreter sind in der ersten Legislaturhälfte zurückgetreten. Der Freiburger SP-Mann Christian Levrat wechselte vom National- in den Ständerat, weil dort durch die Bundesratswahl von Ständerat Alain Berset ein Platz frei wurde. Zwei Nationalräte und ein Ständerat sind im Amt verstorben. Bis zur Mai-Sondersession (5. bis 9.5.14) wird sich die Mutationsliste noch um zwei von insgesamt 34 Zürcher Volksvertretern erweitern: Die FDP-Nationalräte Filippo Leutenegger und Markus Hutter räumen ihre Arbeitsplätze in Bern. Leutenegger wurde in den Zürcher Stadtrat gewählt. Ihn wird in der Grossen Kammer der Bankfachmann und FDP-Fraktionspräsident im Zürcher Kantonsrat, Hans-Peter Portmann, ablösen. Den Winterthurer Hutter ersetzt der Zürcher Beat Walti.

Präsidiale Mahnrufe

«Am 9. Februar ist eine Mehrheit von Volk und Ständen zum Schluss gekommen, dass es einer Korrektur der Einwanderungspolitik bedürfe.» Mit diesen Worten eröffnete Nationalratspräsident Ruedi Lustenberger (CVP, LU) die dreiwöchige Frühjahrssession. Und er fuhr fort: «Die Schweiz ist in demokratiepolitischer Hinsicht weltweit ein Sonderfall. Dazu gehört, dass sich die Gewinner und Verlierer nach einer Abstimmung versöhnen.» Dieser Geist des Zusammengehens und Zusammenstehens nach schwierigen Auseinandersetzungen mache die Schweiz zum Vorbild. Für den Schaffhauser SVP-Ständeratspräsidenten Hannes Germann war ebenfalls klar: «Die Lösungen finden wir nicht für eine Mehrheit und nicht für eine Minderheit, sondern für die ganze Schweiz. Dazu gehört ein intensiver Dialog über politische Grenzen, über gesellschaftliche Grenzen, auch über die Landesgrenzen hinweg. Nicht nur die direkte Demokratie, auch dieser Geist des Miteinander statt des Gegeneinander macht die Schweiz international zum Vorbild. Nicht Zwietracht säen, sondern das Volk einen und zusammenbringen – dies ist die Herausforderung der Stunde.»

Neue Abwasserabgabe

Als erstes Traktandum behandelte der Nationalrat eine Änderung des Gewässerschutzgesetzes zum Ausbau von rund 100 der insgesamt 700 Abwasserreinigungsanlagen (ARA) für die Bekämpfung von Mikroverunreinigungen. Laut Bundesamt für Umwelt (BAfU) gelangen rund 30 000 synthe-tische organische Stoffe unter anderem von Arzneimitteln, Lebensmitteln, Reinigungsmitteln, Baumaterialien, Anstrichen oder Körperpflegeprodukten über Regen- oder Abwasser in die Gewässer, wo sie Wachstum und Fortpflanzung von Wasserlebewesen schädigen.

Die gesamten ARA-Ausbaukosten dürften sich auf rund 1,2 Milliarden Franken belaufen. In dichtbesiedelten Regionen fallen die höchsten Mehrkosten an. Weil aber letztlich die gesamte Bevölkerung die Verunreinigungen irgendwie mitverursacht, will der Bund – befristet bis 2040 – eine schweizerische Abwasserabgabe (Spezialfinanzierung) von jährlich acht Franken pro angeschlossenem Einwohner erheben. Aus diesem «Topf» sollen 75 Prozent der Modernisierungskosten bezahlt werden. Insgesamt ist mit einem Investitionsvolumen von jährlich rund 45 Millionen Franken zu rechnen. Namens unserer SVP-Fraktion machte der Luzerner Kollege Felix Müri zur Begründung des (abgelehnten) Nichteintretensantrags eine weitere Rechnung: «Nach Abschluss dieser Massnahmen betragen die Mehrkosten rund 130 Millionen Franken pro Jahr. Auch der Stromverbrauch wird stark zunehmen. Diese zusätzliche Belastung von Wirtschaft und Bevölkerung sorgt einmal mehr dafür, dass unter dem Deckmantel der Umweltpolitik der Einfluss des Bundes ausgebaut wird.» In der Gesamtabstimmung passierte die Gewässerschutzgesetz-Revision den Zweitrat mit deutlicher Mehrheit.

Gegen «Lex Leuenberger»

Alt-Bundesrat Moritz Leuenberger nahm einen Monat nach dem Rücktritt ein Verwaltungsratsmandat beim Baukonzern Implenia an. Grosser Aufruhr in Parlament und Öffentlichkeit war die Folge. Auch unser Fraktionskollege Max Binder forderte zur Hebung der Bundesratsethik eine zweijährige Wartefrist für bezahlte Ruhestandsaktivitäten ehemaliger Bundesräte. Inzwischen hat der Wind gedreht. Wegen eines ärgerlichen Einzelfalls ein Bundesgesetz («Lex Leuenberger») zu machen, sei sinnlos, befand im Unterschied zum Nationalrat die Kleine Kammer. Leuenberger sei durch Ansehensverlust genügend bestraft. Auch habe der Bundesrat bereits ein Aide-mémoire erlassen, wonach Bundesratsmitglieder nach Ausscheiden aus dem Amt bei der Auswahl von Mandaten und Funktionen «Sorgfalt walten lassen» sollten und auf Tätigkeiten besser verzichteten, «bei denen Interessenkonflikte aufgrund des früheren Amtes entstehen können». Der Nationalrat wird sich ein zweites Mal mit dem «Fall Leuenberger» befassen müssen.

Bundesrat verweigert Einbezug der Initianten in die Umsetzung der MEI

SVP. Die SVP ist konsterniert über das vom Bundesrat bekannt gegebene Vorgehen in Sachen Umsetzung der von Volk und Ständen angenommenen Masseneinwanderungsinitiative (MEI). Nachdem die SVP den Bundesrat in einem Brief aufgefordert hat, eine breit abgestützte Arbeitsgruppe zur Umsetzung der neuen Verfassungsbestimmung einzusetzen, lädt der Bundesrat nun am 13. März 2014 zahlreiche Organisationen – alle bekennende Gegner der Initiative – zu einem Treffen zur Erörterung der Umsetzung ein. Die Initianten werden aussen vor gelassen und sind nicht eingeladen. Einmal mehr ist der Wille zur korrekten Umsetzung eines Volksentscheides beim Bundesrat offenbar nicht vorhanden.

Die Initianten sollen dann noch «während der Umsetzung» – genauso wie «weitere Kreise» – vom Bundesamt für Migration angehört werden. Die zuständigen Bundesräte Sommaruga und Schneider-Ammann lassen sich offenbar nicht dazu herab, mit den Initianten und Befürwortern der Initiative zu sprechen.

Dieses Verhalten ist Ausdruck einer unglaublichen Arroganz und muss als klare Provokation gegenüber den Urhebern der Initiative interpretiert werden. Das destruktive Verhalten des Bundesrates ist umso unverständlicher, als dass alle im Bundesrat vertretenen Parteien gefordert haben, die SVP solle bezüglich Umsetzung in die Verantwortung genommen werden.

Hans Kaufmann tritt als Nationalrat zurück

Nationalrat Hans Kaufmann hat am Dienstag der SVP-Bundeshausfraktion seinen Rücktritt aus dem Nationalrat per 4. Mai 2014 bekannt gegeben. Der 65-jährige Finanz- und Pensionskassenspezialist vertrat die SVP des Kantons Zürich seit 1999 in Bern.

Die SVP des Kantons Zürich dankt Hans Kaufmann für seinen grossen Einsatz für die Partei. Ersetzte sein immenses Detailwissen in Finanz- und Wirtschaftsfragen der Politik zur Verfügung. Seinen Rücktritt begründet Kaufmann unter anderem mit der wenig erbaulichen Zusammenarbeit mit dem Bundesrat in Themen, die den Finanzplatz, Steuern und internationale Abkommen betreffen: «Die staatsstreichähnliche Missachtung von Volks- und Parlamentsentscheiden, die Aushebelung von Volksrechten, die selektive, teils irreführende Informationspolitik, die Einschüchterungsversuche und Arbeitsverweigerung sowie das Agieren hinter dem Rücken der SVP verunmöglicht eine konstruktive Arbeit zusehends.»

Hans Kaufmann

Hans Kaufmann war als Finanzspezialist immer Garant für eine klare bürgerliche Politik. Er wurde 1999 als damaliger Quereinsteiger auf Anhieb in den Nationalrat gewählt. Im Parlament war Kaufmann seit 1999 Mitglied der Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) sowie seit 2007 Mitglied der Kommission für Rechtsfragen RK) sowie der Delegation der EFTA. Zudem war er von 2002 bis 2007 Mitglied der Finanzkommission (FK) und von 2004 bis 2007 Mitglied der Parlamentarischen Delegation im Europarat.

Hans Kaufman sitzt weiterhin als SVP-Vertreter im Bankrat der Zürcher Kantonalbank (ZKB). Die Nachfolge von Kaufmann im Nationalrat steht noch nicht fest. Auf der SVP-Liste sind die nächsten Nach-rückenden alt Nationalrat Ernst Schibli, Otelfingen sowie der Unternehmer und Vater der Privatsphären-Initiative, Thomas Matter, Meilen.

PERSÖNLICHE MITTEILUNG

Rücktrittsschreiben von Hans Kaufmann

Ich habe diese Woche meinen Rücktritt aus dem Nationalrat per 4. Mai 2014 bekanntgegeben. Mein Rücktritt erfolgt nach langer, reiflicher Überlegung. Hauptgrund dafür ist die wenig erbauliche Zusammenarbeit mit dem Bundesrat und einigen Hinterleuten in Themen, die den Finanzplatz, Steuern und internationale Abkommen betreffen.

Die staatsstreichähnliche Missachtung von Volks- und Parlamentsentscheiden, die Aushebelung von Volksrechten, die selektive, teils irreführende Informationspolitik, die Einschüchterungsversuche und Arbeitsverweigerung sowie das Agieren hinter dem Rücken der SVP verunmöglicht eine konstruktive Arbeit zusehends. Nicht selten gewinnt man den Eindruck, dass für den Bundesrat die Interessen fremder Regierungen und internationaler Gremien wichtiger sind als unser eigenes Land. Ich hoffe, dass meine Nachfolger die Kraft und Ausdauer haben, diesen ungünstigen Entwicklungen für die Schweiz noch konsequenter entgegenzutreten, als ich es jahrelang versucht habe.

Auch wenn ich aus dem Nationalrat ausscheide, so werde ich mich nicht vollständig aus der Politik zurückziehen. Ich werde meiner Partei und dem Parteisekretariat weiterhin mit Rat und Tat zur Seite stehen, vor allem in Fragen, die den Finanzplatz betreffen. Dank der Entlastung werde ich mich auch im Rahmen meines Mandates im Bankrat der Zürcher Kantonalbank noch intensiver engagieren können. Selbstverständlich werde ich auch dem Golf-Club des Parlamentes erhalten bleiben.

All jenen, die mich in den letzten 15 Jahren unterstützt haben, möchte ich an dieser Stelle recht herzlich danken. Ich denke dabei nicht nur an die Zürcher SVP und meine Wählerinnen und Wähler, an meine Wahlsponsoren, sondern auch an meine Ratskolleginnen und -kollegen, an all die guten Geister in den Parteisekretariaten, an die Parlamentsdienste und selbstverständlich an meine Familie. Ich hoffe, dass ich den Grossteil meiner wiedergewonnen Freiheit für die Familie und mein eigenes Unternehmen im Bereich Wirtschaftsberatung einsetzen kann.

Ich scheide mit einem guten Gefühl aus dem Amt aus, weil ich anlässlich der letzten Abstimmung zur Masseneinwanderung erneut erfahren durfte, dass unsere Partei die Unterstützung breiter Bevölkerungskreise geniesst. Mit meinem Rücktritt möchte ich auch einen Generationenwechsel der Zürcher SVP ermöglichen.

Ich bin stolz darauf, dass unsere Partei über ein grosses Reservoir an fähigen Nachwuchspolitikern verfügt. Selbstverständlich würde ich es als ehemaliger Bankexperte begrüs-sen, wenn mein Nachfolger aus der Finanzbranche stammen würde, denn es erscheint mir wichtig, dass der Kanton Zürich, wo jeder Fünfte direkt oder indirekt im Finanzsektor tätig ist, auch im Bundeshaus durch solche Spezialisten vertreten wird.

Hans Kaufmann, Nationalrat, Wettswil

RATSBERICHT

Millionen für das Bildungszentrum Uster

Das Kantonsparlament beschloss einen Kredit über 122 Mio. Franken für den Umbau des Bildungszentrums Uster und den Neubau der Kantonsschule Uster. Die SVP Fraktion brachte sich mit Minderheitsanträgen in die Debatte ein.

Yves Senn
Kantonsrat SVP
Winterthur

Der Kantonsrat beschloss im Jahr 2005, als Ersatz für die Kantonsschule Glattal in Dübendorf eine neue Kantonsschule in Uster zu errichten. Um Synergien nutzen zu können, wurden die Schulen, die sich in Uster auf dem gleichen Areal befinden, in das Projekt einbezogen. Es handelt sich um die Gewerblich-Industrielle Berufsschule Uster (GIBU), die Wirtschaftsschule KV Uster (WSKVU) und die Höhere Fachschule Uster (HFU). Im Hinblick auf den gemeinsamen Standort in Uster arbeiten die Kantonsschule und die drei Schulen der Berufsbildung bereits seit 2001 als Bildungszentrum Uster (BZU) zusammen.

Vereint unter einem Dach

Das Berufsfachschulhaus in Uster besteht aus einem mehrfach umgebauten und erweiterten Schulgebäude aus den 1970er-Jahren sowie einer 1984 erstellten Dreifachturnhalle. Zudem werden zusätzliche externe Mieträume und Barackenprovisorien in Uster und Rüti genutzt. Die Schülerinnen und Schüler der früheren Kantonsschule Glattal wurden seit der Gründung 1974 an verschiedenen Standorten in Dübendorf und Uster unterrichtet. Da die Räumlichkeiten der Kantonsschule Glattal im Schulhaus Stägenbuck in Dübendorf nicht mehr zur Verfügung standen, wurde neben dem bestehenden Bildungszentrum in Uster eine Pavillonanlage als Schulhausprovisorium erstellt. Der Bezug des Provisoriums erfolgte im Februar 2013. Die Schule, mit der Bezeichnung Kantonsschule Uster (KSU), wird von rund 500 Gymnasiastinnen und Gymnasiasten besucht.

Mit der Errichtung einer neuen Kantonsschule auf dem Areal des bestehenden Berufsfachschulhauses in Uster können die vier Schulen unter einem Dach zusammenarbeiten und Räume gemeinsam nutzen. Vor dem Hintergrund der unterschiedlichen Entwicklung der Zahl der Berufsschülerinnen und -schüler sowie der Mittelschülerinnen und -schüler gibt das gemeinsame Schulhaus zudem die notwendige Flexibilität bezüglich der Nutzung des Schulraums. Der Standort Uster eignet sich für die Ansiedlung einer Mittelschule. Neben der Stadt Uster wird der Raum Zürcher Oberland-West der Kantonsschule Uster als Einzugsgebiet für die Schülerinnen und Schüler dienen. Die Kantonsschule Zürcher Oberland in Wetzikon stösst mit ihren rund 1300 Schülerinnen und Schülern an ihre räumlichen Kapazitäten. Mit der Verlegung der Kantonsschule von Dübendorf nach Uster wird ausserdem eine gute räumliche Verteilung der Mittelschulstandorte im Raum Zürich-Nord – Glattal – Zürcher Oberland – Winterthur erreicht. Der Neubau der Kantonsschule Uster ist Teil der Strategie Schulrauminfrastruktur Sekundarstufe II.

Keine Steine in den Weg legen

Anita Borer (SVP, Uster) stellt klar, dass der Standort der Kantonsschule in Dübendorf vor einem Jahr definitiv aufgehoben wurde. Gute Schulbildung sei jedoch nicht vom Standort abhängig. Der gleichzeitige Umbau des Bildungszentrums Uster sei sehr wichtig und das Projekt würde in Zukunft sicher teurer werden. Darum wolle die SVP Fraktion dem Neubau und Umbau keine Steine in den Weg legen. Den Minderheitsanträgen der anderen Ratsseite, betreffend weniger Parkplätze und Fotovoltaikanlage, werde man jedoch nicht zustimmen.

Weniger Parkplätze, mehr Öko

Die Kantonsrätin aus Uster erklärte weiter, dass die Besucher auf die Parkplätze angewiesen seien und bei fehlenden Parkplätzen auf die Quartiere ausweichen. Darunter würden die Bewohner leiden und dem Staat die Einnahmen für die Bewirtschaftung der Parkplätze fehlen. **Jacqueline Hofer** (SVP, Dübendorf) erklärte, dass die Parkplätze der umliegenden Einkaufszentren nicht zweckentfremdet werden dürfen, denn das Gewerbe sei auf diese Parkplätze angewiesen.

Rochus Burtscher (SVP, Dietikon) betonte, dass die beantragten Zusatzwünsche für 73,7 Mio. Franken von der SVP-Fraktion nicht mitgetragen werden. Das sei viel Geld und müsse von den Steuerzahlern zuerst erwirtschaftet werden. Die Verwaltung habe eigenmächtig und ohne Rücksprache gehandelt. Diese Wünsche müssen darum klar in die Schranken gewiesen werden. Die beantragte Fotovoltaik-Anlage für 900 000 Franken komme aus China und werde mit Kohlenstrom produziert. Diese könne auch nie wirtschaftlich betrieben werden. In der Folge stimmt der Kantonsrat dem Projekt zu und lehnte den Antrag von Rochus Burtscher ab.

Grundkompetenzen stärken

Mit einem Postulat wurde gefordert, dass der Regierungsrat die Stundentafel der Sek B und C dahingehend abzuändern habe, dass das Fach Französisch von den Schülerinnen und Schülern der Sek B und C im 8. Schuljahr ganz abgewählt werden könne. **Margreth Rinderknecht** (SVP, Wallisellen) erklärte im Rat, dass leistungsschwache Schülerinnen und Schüler schon in der deutschen Sprache Mühe haben, sich auszudrücken. Darum stehe die SVP-Fraktion dafür ein, dass die Grundkompetenzen gestärkt werden. Allerdings sei der Schritt in die Romandie in der Berufswelt realistisch. Man könne sich auch fragen, was das Frühenglisch bringe und ob eine Landessprache nicht wichtiger sei.

Die SVP-Fraktion habe diese Fragen kontrovers diskutiert und werde die Vorlage dennoch mehrheitlich unterstützen. Der Kantonsrat lehnte in der Folge das Postulat mit 86 zu 68 Stimmen ab.

DIE SITZUNG IM ÜBERBLICK:

Der Kantonsrat hat am Montag …

☺ … dem Volksschulgesetz zugestimmt.

☺ … dem Gesetz über den Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung über den schweizerischen Hochschulbereich zugestimmt.

☺ … die Abrechnung über den Kredit für den Neubau einer Kleintierklinik der Universität genehmigt.

☺ … einen Objektkredit für den Umbau des Bildungszentrums Uster und den Neubau der Kantonsschule genehmigt.

☺ … ein Postulat betreffend Optimierung des Aufnahmeverfahrens für die Kantonsschulen mit abweichender Stellungnahme abgeschrieben.

☹ … ein Postulat betreffend Freiwilliger Französischunterricht im 8. und 9. Schuljahr an der Sek B/C abgelehnt.

4. März 2014

IMMOBILIENMANAGEMENT FÜR UNI UND UNIVERSITÄTSSPITAL

Der Regierungsrat als Totengräber der Demokratie

Der Regierungsrat hat am Dienstag die Detailkonzepte für das zukünftige Immobilienmanagement von Universitätsspital (USZ) und Universität (UZH) vorgestellt. Die SVP sieht grosse Probleme, insbesondere in der weiteren Zurückbindung der Mitwirkungsrechte des Kantonsrats. Offensichtlich haben sich die Bildungs- und Gesundheitsbürokraten mit dem Segen von SP und FDP und deren für die Universität und das Universitätsspital zuständigen Regierungsräte durchgesetzt.

SVP. Der Regierungsrat legt mit der neuen Eignerstrategie ein schnelles Tempo vor. Das USZ soll bereits 2015 faktisch verselbständigt und damit der Budgethoheit des Kantonsrates entzogen werden. Der Regierungsrat wird nur noch für die Genehmigung der entsprechenden Darlehen zuständig sein. Das USZ beispielsweise wird seine Immobilien komplett selbst bewirtschaften und damit auch selbst Kredite aufnehmen. Eine Kastration der Politik und der öffentlichen Hand.

Die SVP hinterfragt diese Immobilienmanagement-Strategie grundsätzlich. Wenn es darum gehen soll, dass die öffentliche Hand nur noch bezahlen soll und keine demokratische Kontrolle durch das Parlament mehr vorhanden ist, dann klingeln alle Alarmglocken.

Die Bildungs- und Gesundheitsbürokraten bei SP und FDP haben sich mitsamt ihren Regierungsräten durchgesetzt.

Die SVP ist keineswegs gegen eine konsequente Immobilienbewirtschaftung des Kantons, wird sich aber für die Rechte des Parlaments und damit für die demokratische Kontrolle stark machen.

KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

Fehlendes Kostenbewusstsein

Anita Borer
Kantonsrätin SVP
Uster

Bereits 2005 wurde im Kantonsrat ein Grundsatzentscheid zum Neubau einer Kantonsschule in Uster und damit verbunden zur Aufhebung der Kantonsschule Glattal in Dübendorf getroffen. Man war sich schon damals bewusst, dass der Standort in Dübendorf auf lange Sicht dem Wachstum der Schülerzahlen nicht gerecht wird. Die SVP unterstützte deshalb auch am letzten Montag, neun Jahre nach dem Grundsatzentscheid, den Objektkredit für den Neubau der Kantonsschule und den Umbau des sich am gleichen Standort befindenden Bildungszentrums.

Die SVP begrüsste die Synergien, die am neuen Standort zwischen Kantonsschule und Berufsschule genutzt werden können, brachte aber auch ein kritisches Votum an.

Der Kreditantrag der Regierung betrug 72,3 Mio. Franken, das ganze Projekt kostet aber 122,6 Mio. Franken. Die Differenz von 50,3 Mio. Franken wurde vom Regierungsrat als gebundene Ausgabe deklariert. Insgesamt entschied der Kantonsrat also über sehr viel Geld. Trotz hohen Ausgaben war aber für die SVP klar, dass das notwendige Projekt zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht mehr günstiger zu realisieren war.

Einen unsäglichen Antrag der Grünen auf Streichung von Parkplätzen lehnte die SVP entschieden ab. Den Grünen ging es mit dem Antrag lediglich darum, den Individualverkehr anzugreifen – ungeachtet der Folgen. Vor allem die am Abend stattfindenden Kurse werden von Teilnehmern aus allen Regionen besucht. Diese sind oftmals auf die Anfahrt mittels Auto angewiesen bzw. können nur auf diese Weise noch Abendkurse besuchen. Bei geringerer Parkplatzanzahl besteht die Gefahr, dass Kursteilnehmer zur Parkplatzsuche in die Quartiere ausweichen und damit die Anwohner stören. Der Antrag wurde nur von den Grünen unterstützt und fand deshalb glücklicherweise keine Mehrheit.

Die Erhöhung des Objektkredites um 900 000 Franken für die Installation einer Photovoltaik-Anlage und die Erhöhung um 500 000 Franken, damit im Provisorium eine Wärmepumpe anstelle einer Elektroheizung eingebaut werden kann, lehnte die SVP als einzige Partei ab und unterlag damit leider. Der Regierungsrat beteuerte, dass der gängige Minergie-Standard auch ohne diese Zusätze eingehalten würde. Mit den Zusatzanträgen ging es den anderen Parteien nur darum, ihre «Möchtegern-grüne Seite» zu zeigen. Dass damit der Objektkredit noch höher ausfiel, ohne dass es von der Regierung für nötig gehalten wurde, interessierte die anderen Parteien nicht. Einmal mehr legte die SVP als einzige Partei ein Kostenbewusstsein an den Tag.

Letztlich stimmte die SVP dem Gesamtprojekt, das schon seit Jahren auf Umsetzung wartete, im Interesse des Bildungsstandortes Uster zu. Die SVP führte an, dass der Schwerpunkt künftiger Projekte aber konsequent auf den Zweck und weniger auf das Erscheinungsbild gelegt werden müsse, um auch noch den kommenden Bauprojekten im Kanton Zürich gerecht werden zu können.

TERMINÄNDERUNG

Die nächste kantonale Delegiertenversammlung findet am Donnerstag, 24. April 2014 statt.

Die DV vom 8. Mai 2014 entfällt.

Aus dem Fall «Carlos» wird ein Fall Graf

Die SVP hat Schlimmes befürchtet, als sie im letzten Jahr im Zuge der Enthüllungen rund um den Fall des jugendlichen Straftäters Carlos quasi als einsame Ruferin in der Wüste die Einsetzung einer Parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK) forderte. Heute wissen wir: Es kam und kommt noch schlimmer!

SVP. Via Justizdirektion ernten wir heute die Früchte, die in den vergangenen 30 Jahren unter rot-grüner Herrschaft gesät worden sind: Eine unkontrollierte Jugendanwaltschaft mit unbegrenzter Finanzkompetenz ist im Kanton Zürich Tatsache. Der präsentierte Bericht der Finanzkommission hält dies lediglich für problematisch, für die SVP ist dieser Umstand unhaltbar und skandalös. Bürgerinnen und Bürger finanzieren eine mit der Sozialindustrie verbandelte Kuscheljustiz, alles mit dem Segen rot-grüner Justizdirektoren.

Justizdirektor Martin Graf (Grüne) wurde vergangene Woche nicht müde, sich über das Urteil des Bundesgerichts zu empören, statt der Frage nachzugehen, weshalb denn der Jugendliche überhaupt inhaftiert worden ist. Im Weiteren versprach der Justizdirektor ein weit günstigeres Setting ohne Kampfsport und Trainer Beqiri. Wie wir heute wissen, eine klare Falschaussage. Carlos trainiert Thaiboxen mit Shemsi Beqiri; neu nun nicht mehr in Basel, sondern in Holland. Selbstverständlich alles auf Kosten des Zürcher Steuerzahlers.

Justiz- und Finanzkommission haben gewirkt. Dennoch drängen sich noch viele Fragen auf: Wer wusste wann was? Platzierte der Justizdirektor letzte Woche in der Presse bewusst Falschaussagen? Führen die Jugendanwälte ihren Chef an der Nase herum? Wie sieht die Kontroll- und Kostenfrage – nicht nur im Fall Carlos – in der Jugendanwaltschaft heute aus? Diese und weitere Fragen harren dringend einer Antwort. Abhilfe schaffen kann einzig und allein eine PUK.

Die Zeit der Kosmetik und Schönrederei ist vorbei. Die Ergebnisse der PUK werden aufzeigen, ob der Justizdirektor und die Verantwortlichen der Jugendanwaltschaft noch tragbar sind; Zweifel sind angebracht!

Erfolgreich werben im «Zürcher Boten» und «Zürcher Bauern»

ANGEKÜNDIGTE TREIBSTOFFABGABENERHÖHUNG

Die Rechnung ohne den Wirt gemacht

Der Bund rechnet bereits auf den Franken genau aus, was eine Anhebung der Mineralölsteuer in die Staatskasse bringen wird. Dass diese Rechnung aber ohne die offenen Grenzen gemacht wird, wird ausgeklammert.

RoMü. Rund um die Schweiz in Grenznähe befinden sich auffällig viele Tankstellen. Sie sind es, welche dank dem etwas günstigeren Preis Ausländer mit dem notwendigen Treibstoff versorgen. Schätzungen gehen davon aus, dass dadurch rund 5 bis 10 Prozent der landwesweiten Umsätze gemacht werden. Konkret heisst dies, dass die Ausländer damit je nach Rechnungsweise allein an Treibstoffabgaben immerhin 250 bis 500 Mio. Franken in die Schweizer Staatskasse fliessen lassen.

Kippt mit der Anhebung der Abgaben dieser Einkaufstourismus zugunsten der Schweiz, so gehen auch diese Gelder Flöte. Sind dann danach die Preise im benachbarten Ausland noch billiger als bei uns, droht gleich der doppelte negative Effekt, indem dann auch die Schweizer ihren Tank im Ausland füllen, so dass auch da weniger Geld in die Schatulle fliessen wird. Weichen die Tanktouristen aus, so entgehen der Bundeskasse nicht nur die zusätzlich gewünschten und angestrebten 15 Rappen, sondern auch die übrigen bereits verfügten 85 Rappen an Steuergeldern und Abgaben.

Ein Aufschlag ist auch eine weitere durchaus ernstzunehmende Benachteiligung des ländlichen Raumes und der Randregionen. Bereits mit der vom Volk angenommenen FABI-Vorlage werden die etwas abseits der urbanen Gebiete wohnenden Bevölkerungsteile, welche auf den privaten Individualverkehr angewiesen sind, finanziell benachteiligt. Nachdem der maximale Arbeitswegabzug auf 3000 Franken begrenzt und bereits bei einem Arbeitweg von 15 Kilometern mehr als ausgeschöpft wird, haben sie nun zwangshalber mit zusätzlichen Treibstoffabgaben noch mehr Nachteile zu tragen.

Zugleich wird auch der gesamte wirtschaftliche Binnenverkehr zusätzlich belastet, während der Transitverkehr mit dem Tanken vor und nach der Schweizergrenze keinen Beitrag an die geforderten Mehrkosten leistet.

Öffentlicher Verkehr

Schon heute kommt der Automobilist und Transportunternehmer mehrfach für die Staatskasse auf. Bereits beim Import von Personenwagen wird die sogenannte Automobilsteuer mit einem Ansatz von 4 Prozent des Fahrzeugwertes erhoben. Danach entrichtet der Fahrzeuglenker in seinem Wohnkanton die Strassenabgaben und muss zugleich bei der Einlösung des Nummernschildes einen Versicherungsnachweis erbringen.

Danach wird er bei jeder Tankfüllung mit den erwähnten Abgaben inklusive Mehrwertsteuer belastet, und für die Benutzung der Autobahnen ist die Vignette fällig.

Wer auf öffentlichem Grund parkiert, zahlt zudem Parkgebühren. Wenn der öffentliche Verkehr für das immer grössere Angebot aufschlagen sollte, geht jeweils ein unverständliches Raunen durch die Bevölkerung. Dabei vergessen die Bahn-, Bus- und Tramkunden auf dem Netz der SBB wie auch des Zürcher Verkehrsverbundes, dass ihr durchschnittlich aufgewendetes Entgelt für das Billett gerade einmal reicht, um die Personalkosten der SBB oder des ZVV zu decken.

Für alles Weitere, inklusive Infrastruktur, kommt der Gebühren- und Steuerzahler auf. Es darf aber auch nicht vergessen werden, dass der öV teilweise oder ganz von den Mineralölsteuern befreit ist (siehe Kasten). Obwohl der Bus- und Postautobetrieb ebenfalls auf ein gut unterhaltenes Strassennetz angewiesen ist, leistet er dafür keine Abgaben.

Steigen die Abgaben auf den Treibstoffpreisen, so droht rasch Gefahr, dass es auch beim Tanken einen Einkaufstourismus gibt.

Der Fahrgast kommt zum Gratisnutzen der Verkehrswege. Würden die zur Diskussion stehenden 15 Rappen dem öV ebenfalls auferlegt, so stiegen auch für diesen die Kosten um 20 bis 21 Mio. Franken an.

Gelder optimaler einsetzen

Gerade die jüngsten Beispiele beim Bau von Nationalstrassen zeigen, dass weitaus mehr Geld verbaut wird, als eigentlich für den Strassenbau nötig gewesen wäre.

Mit den Geldern des ASTRA, welches wiederum von den Geldern des Bundes lebt, wird nicht nur die Strasse gebaut, sondern werden auch die vielen von anderen Bundesämtern aufgezwungenen Auflagen erfüllt, welche teilweise in regelrechten Luxusbauwerken enden.

Mit enormen Geldbeträgen aus der Strassenkasse werden unzählige als ökologische Begleitkonzepte mitfinanziert, welche von den Umweltorganisationen unter der Fahne des Bundesamtes für Umwelt (BAFU) den Strassenbauern aufgezwungen werden, ohne dass sie im direkten Nutzen zur Strasse stehen und deren Benutzern zugute kommen.

Man geht hier davon aus, dass diese Auflagen 10 bis 20 Prozent der Gesamtbaukosten ausmachen.

Zahlen und Fakten

2012 nahm der Bund mit der ordentlichen Mineralölsteuer auf Treibstoff 3,005 Milliarden Franken ein. Dabei wurde auf bleifreiem Benzin ein Betrag von 43,12 Rappen und auf Diesel von 45,87 Rappen je Liter erhoben. Die Hälfte ist dabei in die allgemeine Bundeskasse geflossen und die andere Hälfte wird zweckgebunden für Aufgaben im Zusammenhang mit dem Strassen- respektive Luftverkehr eingesetzt. Zudem wird auch ein zusätzlicher Mineralölsteuerzuschlag (30 Rappen je Liter) erhoben, welcher weitere 2,007 Mia. Franken bringt und zu 100 Prozent für die zweckgebundenen Aufgaben für die oben erwähnten Strassenprojekte fliessen muss.

Der Bund gewährt aber verschiedenen Bereichen die Rückerstattung der Mineralölsteuer. Dazu gehören die Land- und Forstwirtschaft sowie Fischerei. Weiter können die vom Bund konzessionierten Transportunternehmungen davon profitieren. Ebenfalls können die Industrie, das Gewerbe und der Naturwerksteinabbau Zollrückerstattungen und gewisse Auflagen geltend machen. 2012 sind entsprechend 151,657 Mio. Franken für 266,046 Mio. Liter Treibstoffe aus den vorgängig erhobenen Zoll- und Steuerabgaben zurückerstattet worden. Davon flossen 50,9 Prozent (77,080 Mio. Franken) an die konzessionierten Fahrten öffentlicher Transportunternehmungen, 43 Prozent (65,180 Mio. Franken) an die Landwirtschaft und knapp 2 Prozent an die Forstwirtschaft zurück. Die restlichen Beträge sind durch den Bereich Natursteinabbau, stationäre Stromerzeugung, Fischerei und Feuerung beansprucht worden.

Spezialfall Samnaun

2012 sind ins einzige Schweizer Zollfreigebiet Samnaun insgesamt 7,440 Mio. Liter Benzin, 11,915 Mio. Liter Dieselöl, 21 000 Liter Flugpetrol und 2,113 Mio. Liter Heizöl geliefert worden. Konkret sind entsprechend in Samnaun vom landesweiten Bruttoverbrauch beachtliche 0,19 % Benzin, 0,40 % Dieselöl getankt und 0,05 % Heizöl benötigt worden. Dabei sind rund 15 Mio. Franken an Zoll- und Steuerabgaben eingespart worden, was 0,3 % der Gesamterträge entspricht. Dabei zählt Samnaun gerade einmal 740 Einwohner.

EINE POLITISCHE GLOSSE

Müssen wir nun auch Raumplanung öffnen?

Die Schweiz könnte politisch bald in die nächste EU-politische Sackgasse laufen. Es ist wahrscheinlich eine Frage der Zeit, bis uns die EU auch die Raumplanung diktieren wird, um weiterhin den uneingeschränkten Personenverkehr durchzuboxen.

Es hagelt von allen Seiten schärfste Kritik auf die Schweiz, nachdem nun das Schweizer Volk seine Zuwanderung wieder selber in die Hand nehmen will.

«Der freie und uneingeschränkte Personenverkehr sei im europäischen Binnenmarkt nicht verhandelbar», heisst es an allen Ecken und Enden aus der EU. Die Schweiz hat alle EU-Bürger aufzunehmen, welche in der Schweiz arbeiten und sich niederlassen wollen. Ein- und Zuwanderung in Verbindung mit Bevölkerungswachstum hat aber auch ganz direkt mit Raumplanung zu tun.

Wohin wollen wir denn eigentlich mit dem nun sehr stark angestiegenen Zulauf?

Somit soll sich weiterhin ein völlig unkontrolliertes und auch völlig ungesundes Wachstum fortsetzen, indem wir jedes Jahr die Stadt Luzern oder St. Gallen aus dem immer knapper werden Boden stampfen. Wer somit immer mehr Einwohner will, welche Arbeitsplätze brauchen, zusätzliche Verkehrsflächen beanspruchen und auch irgendwo wohnen müssen, der müsste auch bei der Raumplanung durchaus für ein uneingeschränktes Öffnen des Raumes sein.

Warten auf den Druck aus Brüssel

Schlussendlich ist es das Gleiche, ob wir an der Grenze ein massvolles Wachstum über die Zuwanderung steuern, oder ob wir dies einfach mit dem knapp werdenden Raum tun, wobei dann auch die Schweizer unter die Räder kommen.

Die EU würde es wohl kaum zulassen, dass beim benötigten Wohnraum der Schweizer den Vorzug hat. Somit fahren wir bei der Raumplanung ohne kontrollierte Zuwanderung in die nächste (politische) Sackgasse.

Es bleibt nur noch abzuwarten, bis die Europäische Union gar noch die durchaus strikte Schweizer Raumplanung als Bestandteil des freien Personenverkehrs ebenfalls infrage stellt. Was passiert, wenn wir einfach in unseren gemäss der Raumplanung vorgegeben Baugebieten keinen freien Raum mehr haben, um Wohnraum, Arbeitsplätze, Verkehrsflächen und Freizeitanlagen zu erstellen?

Man mag sich bereits heute die Frage stellen, ob eine Ausschöpfung des teilweise sehr spärlich vorhandenen Baulandes bereits gegen den freien Personenverkehr verstösst.

Warten wir gespannt darauf, bis die EU den Bundesrat nach Brüssel zitiert, um uns betreffend der Raumplanung die Leviten zu lesen und uns zugleich darauf aufmerksam zu machen, dass die uneingeschränkte Personenfreiheit auch über einer strikten Raumplanung steht.

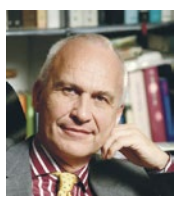
Eigentlich wäre es ja einfach, die Zuwanderung in die Randregionen zu lenken, wo in vielen Dörfern und ganzen Talschaften, wie beispielsweise im Tessin, Wallis, Bündnerland, Jura oder der Zentralschweiz eine rückläufige Bevölkerungszahl zu verzeichnen ist und somit ohne grosses Bauen Raum für das Wohnen vorhanden wäre. Doch dort fehlen eben die von den Zuwanderern angestrebten qualitativ hochwertigen Arbeitsplätze. Gerade die rot- grünen Kreise, welche sich vehement für eine uneingeschränkte Zuwanderung ausgesprochen haben, müssen erklären, wie wir diese raumplanerische Herausforderung meistern wollen, um das jährlich grosse Wachstum bewältigen zu können, ohne dass die grünen Wiesen immer stärker unter Druck geraten. Denn auch im Kanton Zürich ist mit einem Bevölkerungswachstum von rund 20000 Einwohnern jedes Jahr der Bau einer Stadt wie Kloten fällig.

Roland Müller, Benken

Einladung **24. März 2014** 19.30 Uhr im reformierten Kirchgemeindehaus, Rösslirain 2, 8702 Zollikon
Parkplätze im Parkhaus Gemeindesaal / Migros

«Die verschwiegene Geiselnahme» Der Steuerkrieg der USA gegen die Schweiz

Dr. Valentin Landmann
Rechtsanwalt


Dr. René Zeyer
Publizist

Alfred Heer
SVP-Nationalrat

Der Steuerstreit der Schweiz mit den USA erhitzt nach wie vor die Gemüter. Das Buch «Die verschwiegene Geiselnahme», das der Rechtsanwalt Valentin Landmann und der Publizist René Zeyer zum Thema geschrieben haben, liest sich wie ein hochspannender Thriller. SVP-Nationalrat Alfred Heer diskutiert mit den beiden Autoren über eines der schwärzesten Kapitel in der Geschichte der Schweizer Banken.

Programm: 19.30 Uhr Apéro
20.00 Uhr Beginn der Veranstaltung
ca. 21.30 Uhr Ende der Veranstaltung

SCHWEIZER QUALITÄT
SVP
Die Partei des Mittelstandes
www.svp-zollikon.ch

DURCH DAS AUSLAND FINANZIERT

Jobsuche in der Schweiz

Nachdem die Europäische Union mit ihrer extrem bürokratischen Wirtschaftspolitik sehr viele Arbeitsplätze zerstört hat, verlangt sie von der Schweiz nicht nur die Übernahme dieser wirtschaftsfeindlichen Bürokratie, sondern verlangt auch einen ungehinderten Zugang für ihre Stellenverlierer zum Schweizer Arbeitsmarkt. Dies zum Schaden der Schweizer Arbeitnehmer. Der freie Personenverkehr wird gezielt mit Subventionen missbraucht, die an EU-Arbeitslose bezahlt werden, wenn sie in der Schweiz eine Stelle suchen oder eine Stelle annehmen. Zusätzliches Geld wird bezahlt, wenn ein Grenzgängerstatus organisiert werden kann, damit das Hauptsteuerland im Ausland sein wird. Nur mit einer föderalistisch ausgestalteten allgemeinen Quellensteuer kann der grösste Teil der Steuerverluste für die Schweiz zurückgeholt werden, so dass ein grosser Teil der Steuererhöhungen in der Schweiz vermieden werden könnte. Das Ausland wird eine solche Quellensteuer akzeptieren müssen, da der Schweiz die gleichen Rechte zustehen, sofern der Bundesrat es will.

er. In der Debatte des EU-Parlamentes zur Annahme der Initiative gegen die Masseneinwanderung in der Schweiz wurde lamentiert, dass dieser Beschluss Job-Verluste für EU-Bürger bedeute.

Es fiel aber kein Wort darüber, dass die EU mit einer verfehlten Wirtschaftspolitik selbst viele Arbeitsplätze in den EU-Mitgliedsländern vernichtet hat. Mitschuldig an den vielen Arbeitsplatzverlusten war auch die extreme Regelungsdichte der EU-Behörden.

Allein bei der Einführung des Euro wurde im Voraus berechnet, dass mehrere 100 000 Arbeitsplätze vernichtet würden. Ohne das soziale Ventil einer Auswanderungsmöglichkeit in die Schweiz befürchtet die EU, könnte es in verschiedenen EU-Ländern zu einer sozialen Explosion kommen.

Geld für Jobsuche in der Schweiz

Am 31. Mai 2009 berichtete die Online-Redaktion des «Blick», wie deutsche Arbeitslose für die Stellensuche in der Schweiz Geld für Reise und Hotel erhalten. Kann dieser Arbeitslose in der Schweiz eine Stelle finden, dann wird auch der Umzug trotz weiter Distanzen von deutschen Ämtern bezahlt.

Bezahlt wurden damals bis zu 8000 Euro (damals umgerechnet rund 12 000 Franken) an deutsche Stellensuchende. Die deutsche Bundesagentur für Arbeit hat noch Anweisungen, dass auch Kosten zu übernehmen seien, die die Vermittlungssituation des Bewerbers allgemein verbessern, wie Auslagen für einen Coiffeurbesuch usw.

Grenzgänger werden Goldesel

Wenn der Hauptwohnsitz weiterhin in Deutschland bleibt, d. h. wenn der Grenzgänger einen theoretischen Wohnsitz in Deutschland organisiert und in der Schweiz arbeitet, erhielt er im Jahr 2009 noch eine Trennkostenbeihilfe von 3120 Euro. Diese finanzielle Beihilfe für Grenzgänger macht sich für Deutschland mehr als bezahlt. Wegen der Personenfreizügigkeit in den Bilateralen Verträgen kann die Schweiz nichts gegen solche Missbräuche unternehmen. Es wäre abzuklären, ob die Unterstützungsbeiträge für die Jobsuche in der Schweiz unterdessen aufgebessert worden sind.

Geheime Abgeltung für Bankgeheimnis

Für die Steuerämter der Nachbarstaaten sind die Grenzgänger eine gigantische Goldgrube, weil die Schweiz im Doppelbesteuerungsabkommen von 1971 mit Deutschland und im Grenzgängerabkommen 1983 mit Frankreich auf ihr zustehendes Recht einer Quellenbesteuerung der Grenzgänger verzichtet hat.

Die Schweiz hatte sich in geheimen Zusatzabkommen auch verpflichtet, nichts in der Öffentlichkeit verlauten zu lassen, dass damit die Steuerverluste dieser EU-Länder auf Vermögen deren Staatsbürger auf Schweizer Bankkonten (Bankgeheimnis) ausgeglichen werden sollen. Nach der Arbeitslosenversicherung gibt es Grenzgänger im Ausland wohnend und Grenzgänger im Inland wohnend. Beide Kategorien von Grenzgängern zahlen ihre Einkommenssteuer vorwiegend ins Ausland, die zweite Kategorie hat Anspruch auf Sozialhilfe in der Schweiz und darf die Schweizer Infrastruktur, wie Schulbesuch für die Kinder usw. gratis nutzen.

Weiterhin geheime Abgeltung

Diese geheime Abgeltung des Bankgeheimnis' soll nach Frau Widmer-Schlumpf von der Schweiz weiterhin geleistet werden, denn nur durch weitere Verzichte in der Grenzgängerbesteuerung können die Kantone gezwungen werden, ihre Steuern zu erhöhen. Wegen diesen gewaltigen Steuererträgen der Grenzgänger kann die EU keinerlei Entgegenkommen in der Personenfreizügigkeit zeigen. Jedes Entgegenkommen der EU hätte automatisch grosse Steuerverluste bei den grossen Mitgliedsländern Frankreich und Deutschland zur Folge.

OECD-Standard nutzen

Nach dem OECD-Musterabkommen zur Doppelbesteuerung dürfte die Schweiz eine Quellenbesteuerung der Grenzgänger vornehmen und müsste nur einen kleinen Anteil von 4,5 Prozent des Bruttolohnes dem ausländischen Wohnstaat überlassen. Bisher hat die Verwaltung die Quellenbesteuerung lieber an das Ausland verschenkt, statt die Unternehmungen im Inland für den Steuereinzug angemessen zu entschädigen. Dank den Computern könnte man heute eine allgemeine Quellenbesteuerung einfach, arbeitgeberfreundlich und unter Berücksichtigung des Föderalismus (unterschiedliche Steuersätze und Abzüge) organisieren. Wenn die Schweiz ihre gleichen Rechte wahrnehmen würde, dann würde weit weniger Geld in die Steuerkassen der Nachbarländer gespült. Erst wenn die Grenzgänger nicht mehr derartig grosse Steuererträge bringen werden, erst dann wird die EU zu Gesprächen über die Personenfreizügigkeit bereit sein.

KRISE IN DER UKRAINE

Lehre aus dem «Kalten Krieg» – selektive Arroganz als Schwäche der EU

«Si vis pacem par bellum» – dieses römische Sprichwort besagt, dass, wer den Frieden liebt, den Krieg vorbereiten solle. Gerade die Krise in der Ukraine demonstriert, dass die eigene militärische und wirtschaftliche Schwäche für autoritäre und totalitäre Regimes geradezu als Einladung zur Unterwerfung der Schwächeren wirkt. Die Ukraine ist das Feld, auf dem sich nicht nur zeigt, dass Russland vorgeht wie die Sowjetunion zur Zeit des «Kalten Krieges, sondern auch, wie aus dem Kreis der EU gegenüber Russland halbwegs kaschierte Unterwürfigkeit signalisiert, an die Adresse der Schweiz dafür grossspurig gegen die direkte Demokratie gewettert wird. Für die Armeeabschaffer und die Europhilen sollte das eine Lehre sein – doch Ideologen erweisen sich oft als blind für die Lehren der Realität.

Bernhard im Oberdorf
Gemeinderat SVP
Zürich

Das strategisch-politische Schnittmuster bei der Krise in der Ukraine ist ähnlich wie 1956 und 1968, als die sowjetischen Truppen in Ungarn und der Tschechoslowakei einmarschierten, nachdem sich die Völker in diesen Ländern gegen die Beherrschung als Satellitenstaaten der Sowjets aufgelehnt hatten. Im Unterschied zu damals ist die Invasion in Gebieten der Ukraine zwar schleichend, die Geisteshaltung aber ist die selbe. Und die Ziele glaubt Moskau offenbar ohne direkten Einmarsch, sondern durch unidentifizierte Milizen und die Drohung der Militäroption «billiger» erreichen zu können. Die orangene Revolution und der neue Umsturz in der Ukraine werden so unterlaufen.

Strukturen der russischen Machtpolitik – eine Lehre für Pazifisten

Die Struktur der Machtpolitik ist klar: Zuerst wurde durch die Wahl (wie – korrekt? – auch immer) eines Vasallen des Kremls die Abhängigkeit von Moskau angestrebt. Als dieser nach den Protesten und den Tötungen von Demonstranten aus dem Amt gejagt wurde und als Kandidat für das Menschenrechtstribunal in Den Haag in Russland einen Unterschlupf fand, da setzten die Russen im Brückenkopf der Krim kurzerhand einen Statthalter ein, der dann die russischen Truppen zu Hilfe rief: Ganz so, wie wir das aus der Zeit des «Kalten Krieges» kennen. Wenn der russische Verteidigungsminister Tschurkin (der Kriegsminister heisst wirklich so) dann noch meint, dass alles in Übereinstimmung mit russischem Recht erfolge, dann kann man nur noch eines feststellen: Desto schlimmer für das russische Recht.

Ganz in diese Struktur passt auch das Verhalten von Moskau in Syrien: Die Tragödie dort – samt der Infiltration von Islamisten ins entstandene Vakuum – ist möglich geworden, weil Russland mit dem Veto im Sicherheitsrat die Uno handlungsunfähig machen kann. Und sie tut dies in Wahrnehmung ihrer eigenen, machtpolitischen Interessen.

Das Versagen er EU …

Und was geschieht seitens der EU? Diese hatte schon lange versagt und auf die Frage nach der Beitrittsperspektive der Ukraine im Jahre 2005 nicht einmal geantwortet. In der jüngsten Vergangenheit liess man sich in Brüssel von Putin ausmanövrieren – die Rettung des Euro war wohl wichtiger als das, was an den Ostgrenzen der EU passiert. Eine Schwäche der EU ist auch, dass sie grossspurig über eine gemeinsame Aussen- und Sicherheitspolitik palavert, doch von einer Gemeinsamkeit ist man weit entfernt. Auch aus der gepriesenen schnellen Eingreiftruppe, mit der bis zu 60 000 Soldaten und Soldatinnen rasch in Krisenregionen entsandt werden sollten, ist nichts geworden.

Wenn man hier schon nichts Greifbares zustande bringt, dann kann man dafür desto polemischer über ein Land herfallen, das sich in der «Direkten Demokratie» das Recht der Souveränität herausnimmt: Da wartete man nicht zu, um Abkommen im Hochschulbereich zu sistieren: Sowohl in der Forschung als auch mit dem aufs Eis gelegten Studentenaustausch unter dem Label «Erasmus» meinte man mit der Peitsche knallen zu müssen.

Besonders eklatant ist die Widersprüchlichkeit in der nicht gerade in Stein gehauenen Haltung, wie sie sich bei Deutschland zeigt: Da beeilt sich der sozialdemokratische Aussenminister Steinmeier, den Russen bei deren Aggressionen zu sekundieren und ihnen die Wahrnehmung eigener Rechte – auch mit Gewalt? – zuzubilligen. Diese Unterwürfigkeit stammt aus jenem Zirkel, in welchem man die Schweiz als Indianer geisselte: Der ehemalige Kanzlerkandidat Steinbrück wollte gar die Kavallerie gegen die Schweiz ausreiten lassen – warum denn nicht gegen Russland? Auch der stellvertretende Parteichef aus derselben Partei, Stegner, stürzte sich verbal auf die Schweizer, die er nach der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative als Spinner bezeichnete mit dem Satz «Abschottung führt zur Verblödung». Solche Kraftmeierei entpuppt sich im Kontrast zur internationalen Servilität als feige Wahrnehmung nationaler Interessen – auf Kosten des Ganzen.

Die eigene Verhandlungsposition völlig untergräbt – diesem Strickmuster folgend – wer nicht selbstkritisch, sondern in übertriebener Selbstkasteiung in einen solchen Chor des Defätismus einstimmt. Diese Selbstzerfleischung rügt alt Botschafter Carlo Jagmetti an Äusserungen, die der OECD-Sondergesandte in der Ukraine, Botschafter Tim Guldimann, sich an einem Parteitag der SP geleistet hat.

… und das Gewicht der Nato

Auch die Nato hatte ihrerseits mit der Zurückhaltung zu einer Mitgliedschaft der Ukraine die Lage unterschätzt: Wäre die Ukraine ein Nato-Mitglied, dann hätte sich Putin die Teilbesetzung der Krim – auch durch Vermummte – nicht leisten können, denn aufgrund des Beistandspaktes hätte dann die Nato zwingend militärisch eingreifen müssen. Im Unterschied zur EU und zu den Deutschen, die schon im Libyen-Konflikt bloss als Zuschauer an der Seitenlinie standen, hat die Nato jedoch klar die Unrechtmässigkeit des russischen Vorgehens verurteilt. Doch was kann sie tun?

Militärisch intervenieren ist derzeit nicht möglich, wenn aber die Nato die Durchfahrt durch den Bosporus und die Dardanellen ins Mittelmeer sperren würde, dann wäre die russische Flotte in Sewastopol in der Krim so gut wie neutralisiert, könnte sich doch nur noch im Schwarzen Meer im Kreise drehen: denn eine gewaltsame Sprengung der Blockade in der türkischen Meerenge – die Türkei ist Mitglied der Nato – würde automatisch mit dem Beistandspakt den Gegenschlag der Nato auslösen. Und ein solcher Krieg wäre Putin wegen Krim und Ukraine kaum wert.

Unabhängigkeit wahren

Dennoch ist Putin – entgegen seiner derzeit scheinbaren Gesprächsbereitschaft – keineswegs zu unterschätzen: Wir haben in dieser Zeitung schon darauf hingewiesen, dass es äusserst naiv ist, wenn man sich in die Abhängigkeit von russischem Erdgas begibt. Doch im Rahmen einer überstürzten Energiewende nach Fukushima hat man sich bereits auf diesen Irrweg verrrant. Ein andere Energiewende ist nötig: weg von der Abhängigkeit von Russland. Und auch die helvetischen Armeeabschaffer sollten endlich einmal lernen, was hinter den Kulissen die üble Sache ist. Was die EU dazulernt, steht in den gelben Sternen auf blauem Grund.

DER AKTUELLE VORSTOSS

Kinderpornographie: Verbot von Posing-Bildern

Mit einer Motion beauftragt Nationalrätin Natalie Rickli (SVP, Winterthur) den Bundesrat, eine dahingehende Gesetzesrevision vorzubereiten, dass der gewerbsmässige Handel mit Nacktfotos und entsprechenden Filmaufnahmen von Kindern künftig unter Strafe gestellt wird.

Dank der Operation «Spade» hat die kanadische Polizei einen internationalen Kinderpornoring gesprengt. Es wurden auf der ganzen Welt 341 Personen festgenommen. Im Zentrum steht die Internetfirma Azov Films. Von dieser Firma haben in der Schweiz 154 Personen insgesamt 306 Filme mit nackten Jungen bestellt. Das Filmmaterial enthält nach Angaben des Bundesamtes für Polizei (Fedpol) keine Inhalte, die in der Schweiz verboten sind. Deshalb wurden diese Informationen nicht an die kantonalen Strafverfolgungsbehörden weitergeleitet, und es fand keine Überprüfung der Personen statt. Ob sie weiteres, illegales Material auf ihrem Computer hatten, wurde deshalb nicht kontrolliert. Ungefähr 10 Prozent der Azov-Kunden waren den Behörden im Zusammenhang mit Kinderpornographie bekannt.

Pädophile nutzen diese Grauzonen bewusst aus: Bilder, die nicht explizit Geschlechtsteile oder Kinder in sexuellen Posen zeigen, gelten in der Schweiz nicht als Kinderpornographie. Die bestehenden Gesetze und Richtlinien der Polizeikorps und der Kobik reichen für diese Bilder im Graubereich offenbar nicht aus. Dabei ist es offensichtlich: Personen, die solche Filme und Bilder bestellen, haben sexuelle Interessen. Posing-Bilder sind häufig die Eintrittskarte für harte pornographische Abbildungen. Dass 154 Personen in der Schweiz solche Videos konsumieren konnten, ohne strafrechtlich belangt werden zu können, zeigt, dass eine Lücke im Strafrecht besteht.

Aus diesen Gründen ist das Strafgesetzbuch so zu ergänzen, dass der gewerbsmässige Handel mit Nacktfotos von Kindern sowie entsprechendem Filmmaterial unter Strafe gestellt wird. Dabei ist zwei Problematiken in Bezug auf die Abgrenzung zu privaten Bildern Rechnung zu tragen: Auf der einen Seite sollen Fotos fürs Familienalbum nicht kriminalisiert werden. Auf der anderen Seite darf nicht ausser Acht gelassen werden, dass sich viele Täter im Familienumfeld befinden. Diese Kinder müssen vor Bild-Missbrauch ebenfalls geschützt werden.

Pädophile sollen solche Bilder nicht mehr ungestraft konsumieren können. Kinder und Jugendliche haben gemäss Bundesverfassung einen Anspruch auf besonderen Schutz ihrer Unversehrtheit.

Fadegrad

von
Nina Fehr Düsel

Die ideologische Verkehrsbehinderung wächst

Ein letztjährig überwiesenes Postulat der SP wollte in der Stadt Zürich deutlich mehr Tempo-30-Zonen schaffen. Begründet wurde der Vorstoss damit, dass in der Stadt Zürich 140 000 Personen unter Strassenlärm zu leiden hätten. Bis Ende 2018 müssten Gemeinde- und Hauptstrassen lärmsaniert werden. Um den Lärmschutz zusätzlich zu verbessern, waren gemäss Postulat auf kommunalen Strassen möglichst flächendeckend Tempo-30-Zonen einzuführen. Es hatte den Postulanten nicht genügt, dass der Zürcher Stadtrat 2012 angekündigt hatte, auf 39 neuen Strassenabschnitten «Tempo 30» einzuführen.

Auf Strassenabschnitten von rund 17 km sollen Tempo-30-Zonen eingeführt werden. Einige wenige betreffen Strassen in Aussenquartieren, doch die meisten dieser Abschnitte betreffen grössere Strassen von übergeordneter Bedeutung mit Durchgangsverkehr, die zudem vielfach auch von öffentlichem Verkehr befahren werden. Diese ideologisch geprägten Verkehrsbehinderungen machen somit überhaupt keinen Sinn. Flächendeckend 30! Die spätere Vision der linken Legislative wird dann wohl «flächendeckend 20» sein. Denn in Begegnungszonen darf bereits jetzt nur noch 20 km/h gefahren werden und die Fussgänger haben Vorrecht vor den Autos. Die Linke tut fast alles, um den Verkehr auf möglichst vielen wichtigen Verkehrsachsen zu verlangsamen. Sie weigert sich immer und vehement gegen aktuelle Tunnelprojekte.

Diese Projekte könnten grosse Verkehrsströme schnell und gezielt durch die Stadt führen. Doch Rot-Grün möchte den motorisierten Individualverkehr möglichst behindern und aus der Stadt schaffen; eine absolute Illusion, vom Nachteil für die Bevölkerung und das Gewerbe ganz zu schweigen.

Anstatt Lärmreduktion ist flächendeckendes Tempo 30 reine Schikane. Der Verkehr rollt mit 50 km/h heran, dann müssen die Fahrzeuge bremsen, fahren mit 30 km/h weiter und beschleunigen anschliessend wieder auf 50 km/h. Die Lärmemissionen verringern sich nicht, das Gegenteil ist der Fall. Bekannt ist zudem die Tatsache, dass auf Strassen, auf denen öffentlicher Verkehr rollt, der Lärmpegel generell um einiges höher ist als auf Verkehrswegen des motorisierten Individualverkehrs.

Das einzig wirklich funktionierende Rezept gegen Lärmbelastungen ist die Verflüssigung des Verkehrs durch gleichmässiges, stetiges Fahren. Zudem ist der Verkehr möglichst durch Tunnels zu führen. Der Stadtrat muss daher die Realisierung des Waidhaldetunnels und des Stadttunnels endlich in Angriff nehmen. Der Verkehr in Zürich muss zudem verflüssigt werden. Dies sind die wirklichen Problemlösungen und hierfür wird sich die SVP weiterhin mit aller Kraft einsetzen.

AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

Inkasso – ganz einfach, aber oft unlauter

Für die Ratssitzung dieser Woche wurde ein Postulat traktandiert, welches verlangt, dass Betreibungsämter die Schuldner in der Stadt Zürich aktiv darüber aufklären sollen, wonach die von der Inkassofirma unter Verzugsschaden geltend gemachten Kosten nicht bezahlt werden müssen.

Sven Oliver Dogwiler
Gemeinderat SVP
Kreis 1 + 2

Wer seine Rechnungen nicht bezahlt und Mahnschreiben des Gläubigers ignoriert, erhält in den meisten Fällen früher oder später vom zuständigen Betreibungsamt eine Zahlungsaufforderung bzw. einen sogenannten Zahlungsbefehl.

Der einfache Weg der Schuldbetreibung

Die Einleitung eines Betreibungsverfahrens ist in der Schweiz für einen Gläubiger relativ einfach. Es genügt das Ausfüllen des Formulars «Betreibungsbegehren», in welches man die Personalien des Gläubigers, des Schuldners, den Forderungsbetrag, den Zinssatz sowie den Forderungsgrund (z. B. Auftrag, Dienstleistung etc.) einsetzt. Weitere Angaben sind nicht nötig; die Forderung muss – entgegen der landläufigen Meinung – nicht mit Urkunden oder ähnlichem belegt werden und der Betreibungsbesamte darf die Rechtmässigkeit der Forderung in materieller Hinsicht auch nicht überprüfen. Im Prinzip könnte eine x-beliebige Person gegen eine x-beliebige andere Person ein Betreibungsverfahren einleiten, ohne dass zwischen diesen Personen eine Rechtsbeziehung bestehen muss. Obwohl ein Betreibungsverfahren sehr leicht eingeleitet werden kann, schrecken viele Gläubiger davor zurück, den Weg der Zwangsvollstreckung selbständig zu beschreiten.

Die Einschüchterung durch Inkassofirmen

Diese Gläubiger wenden sich an Inkassofirmen, die oft mit einer hohen Erfolgsquote und einer einfachen Abwicklung locken. Entweder kauft die Inkassofirma dem Gläubiger die Forderung zu einem Bruchteil des ursprünglichen Wertes ab (Zession) oder die Inkassofirma macht das Inkasso im Auftrag und im Namen des Gläubigers. Dass ein solcher Dienst den Gläubiger neben den allgemeinen Betreibungskosten zusätzlich etwas kostet, versteht sich von selber und ist an sich auch nicht zu beanstanden. Jeder Gläubiger kann schliesslich selber entscheiden, ob er einen solchen Dienst in Anspruch nehmen und wieviel er dafür bezahlen möchte.

Der nicht geschuldete «Verzugsschaden»

Sehr unerfreulich ist allerdings die Vorgehensweise der Inkassobüros. Sie setzen neben dem ursprünglichen Forderungsbetrag und den Zinsen auch noch ihren eigenen Aufwand von mehreren hundert Franken in Rechnung und drohen mit Einleitung einer Betreibung, sollte der vollständige Betrag nicht innert Frist beglichen worden sein. Der Hinweis der Inkassofirma auf Art. 106 OR (Verzugsschaden), mit welchem die neue Position begründet wird, ist allerdings alles andere als rechtens. In Art. 27 Abs. 3 SchKG ist ausdrücklich festgehalten, dass die Kosten einer Vertretung nicht dem Schuldner überbunden werden dürfen. Das Honorar der Inkassofirma ist somit ausschliesslich vom Gläubiger zu bezahlen und es handelt sich hierbei ohnehin nicht um einen Verzugsschaden im Sinne von Art. 106 OR. Viele Schuldner wissen dies allerdings nicht, lassen sich von der hartnäckigen Inkassofirma und der angedrohten Betreibung einschüchtern und zahlen schliesslich den Gesamtbetrag, obwohl der Teil «Verzugsschaden» rechtlich gar nicht durchsetz- und vollstreckbar wäre. Dies alles ist übrigens der Inkassofirma durchaus bewusst, weshalb diese Vorgehensweise klar als unlauter zu bezeichnen und deshalb zu verurteilen ist.

Für die Ratssitzung dieser Woche wurde auch ein Postulat traktandiert, mit welchem genau dieser Geschäftspraktik entgegengewirkt werden soll. Das Postulat verlangt, dass Betreibungsämter die Schuldner in der Stadt Zürich aktiv darüber aufklären sollen, wonach die von der Inkassofirma unter Verzugsschaden geltend gemachten Kosten nicht bezahlt werden müssen. Das Postulat wurde allerdings heute nicht mehr behandelt. Ich hoffe aber, dass ich mit diesem Bericht wenigstens einen kleinen Beitrag zur Aufklärung leisten konnte, damit Inkassofirmen in Zukunft mit der Eintreibung von nicht geschuldeten Beträgen weniger Erfolg haben werden.

In eigener Sache

Nach den Gemeinderatswahlen vom 9. Februar 2014 möchte ich mich bei allen SVP-Wählern für ihre Stimme und ihr Vertrauen bedanken. Mein Dank gilt selbstverständlich auch den parteifremden Wählerinnen und Wählern, welche meinen Namen auf ihre Liste gesetzt haben. Das erzielte Resultat hat mich sehr gefreut und war eine Bestätigung, dass man auch mit Sachpolitik überzeugen kann. Herzlichen Dank.

RECHNUNG 2013 DER STADT ZÜRICH

Fremdgesteuert und auf Kosten der künftigen Generationen im Plus!

Die SVP der Stadt Zürich nimmt einerseits erleichtert und andererseits überrascht zur Kenntnis, dass die Rechnung der Stadt Zürich mit einem Plus von 14 Millionen Franken nun doch einen positiven Abschluss findet.

Roger Liebi
Gemeinderat
Präsident SVP
Stadt Zürich

Es ist natürlich ein Zufall, dass z. B. die nicht vorgenommenen Zusatzabschreibungen genau 18 Millionen Franken betragen … Ganz offensichtlich zeigt der permanente Druck der bürgerlichen Parteien unter der jahrelangen Führung der SVP seine Wirkung.

Es ist denn auch nicht verwunderlich, dass die hauptsächliche Einsparung gegenüber dem Budget, nämlich sage und schreibe 110 Millionen Franken im Sachaufwand, aus den bürgerlich geführten Gemeindebetrieben stammt.

Schulden steigen weiter

Besorgniserregend sind allerdings der weiterhin ungebremst steigende Personalaufwand und die Entwicklung des Fremdkapitals.

Die Bruttoschulden steigen erneut an und betragen nun schon 9,33 Milliarden (9 330 000 000) Franken oder 23 325 Franken pro Einwohner. Die Nettoschuld steigt noch stärker auf sage und schreibe 4,35 Milliarden (4 350 000 000) Franken an. Nettoschuld bedeutet, dass wenn sämtliche veräusserbaren Aktiven der Stadt verkauft würden, immer noch Schulden in der genannten Höhe verbleiben. Anders gesagt: Es besteht eine massive Unterdeckung. Diese Rechnung werden die künftigen Generationen zu bezahlen haben. Die SVP verurteilt diese unverantwortliche Schuldenpolitik auf das Schärfste!

Verbesserte Vermögenserträge

Die Einnahmenseite profitiert insbesondere durch wesentlich höhere als geplante Grundstücksgewinnsteuern, zu denen die Verkaufswelle von Bankgebäuden wesentlich beigetragen hat. Die Mär, dass Banken in dieser Stadt keine Steuern zahlen, sollte also auch langsam dem ignorantesten Sozialisten dieser Stadt auffallen. Auch stark verbessert zeigen sich die Vermögenserträge. Hierzu trugen massgeblich die Beteiligungen wie z. B. die Erdgas AG und ganz speziell die Flughafen Zürich AG bei, deren Aktienkurs am 31.12.2013 quasi auf dem Höchstkurs des Jahres 2013 und damit um 23 Prozent gegenüber dem Vorjahr lag. Auch hier profitiert das rote Zürich von einem Unternehmen, welches Rot-grün am liebsten auf die Halde legen würde.

Gespannt muss die Entwicklung der Quellensteuereinnahmen verfolgt werden. In der Praxis ergibt sich nach Auskunft des Steueramtes, dass quellenbesteuerte Privatpersonen nach fünf bis sechs Jahren in die tiefere ordentliche Besteuerung wechseln. Dies hat ausschliesslich mit oder den Niederlassungsbewilligungen zu tun.

Wundersame Entwicklung

Mit sehr grosser Verwunderung nimmt die SVP der Stadt Zürich überdies die wundersame Entwicklung der Finanzen der Stadt Zürich in den letzten drei Monaten des Jahres zur Kenntnis und auch ganz speziell von der Tatsache, dass noch bis zur Budgetdebatte weder der Rechnungsprüfungskommission noch den Fraktionen korrigierte Daten zur Erwartungsrechnung mitgeteilt wurden. Noch Anfang Oktober musste von einem Defizit von 80 bis 120 Millionen Franken ausgegangen werden. Da Einsparungen in dieser Zeit nicht mehr möglich waren, ist ganz offensichtlich, dass Sondereffekte das Ergebnis verbesserten.

Es wird, als Konklusion der oben erwähnten Fakten, verdeutlicht, dass die rot-grünen Stadtzürcher Regierungsmitglieder nicht mehr am Steuer der Finanzen sitzen, sondern im Gegenteil fremdgesteuert werden. Das ist besorgniserregend und kann nicht zu stabilen Verhältnissen führen.

LESERBRIEFE

Impossible n'est pas français

Chers amis de la Grande Nation, ich hatte das Privileg, jahrelang bei euch arbeiten zu dürfen. Ihr seid – im Einzelnen betrachtet – überaus liebenswert und gastfreundlich, keineswegs arrogant. Eure Küche ist hervorragend und im Weinbau seid ihr unübertroffen. Wenn ein Monsieur le Ministre nach Annahme der Masseneinwanderungsinitiative von «suicide collectif» spricht, darf man deshalb annehmen, dass er wie mancher Durchschnittsfranzose jeden Sonntagabend einige Zehntelspromille zuviel hat ... Vor 200 Jahren hieltet ihr uns einmal besetzt. Unsere wehrhafte Innerschweiz beging damals keinen kollektiven Selbstmord, sondern wurde Opfer eines Massenmordes. Trotzdem halfen vier Schweizer Regimenter einige Jahre später eurer «Grande Armée» über die Beresina zu kommen. Um den Preis ihres Lebens!

Immerhin in Sachen Nachverhandlungen sollten wir uns in der heutigen friedlicheren Zeit nicht zu grosse Sorgen machen. Es gilt das alte französische Sprichwort und ich habe es selber vielfach erlebt: «Impossible n'est pas français» und – «toujours bien à vous».

Hans Scharpf, Zürich

Volksinitiativen: Bundesrat auf Abwegen

Nach der Annahme der Ausschaffungsinitiative verkündete der Bundesrat, diese würde zu erheblichen Kollisionen mit der Bundesverfassung und dem Völkerrecht führen. Was ist das eigentlich für ein Völkerrecht, das uns zwingt, Kriminelle zu beherbergen? Bundesrätin Sommaruga weigerte sich, die Initiative umzusetzen.

Deshalb wurde von den Initianten die Durchsetzungsinitiative mit 155 000 Unterschriften eingereicht. Diesmal lautete das bundesrätliche Verdikt, die Initiative widerspreche fundamentalen sowie rechtstaatlichen Grundsätzen und sei deshalb abzulehnen. Aber, widerspricht es jedoch nicht rechtsstaatlichen Grundsätzen, wenn sich Straftäter mit dem Segen der Landesregierung bei uns aufhalten? Oder wenn die Staatsmacht Initiativen nicht umsetzt? Und wie denken wohl die Opfer von Straftaten über eine solche «Rechtsstaatlichkeit»?

Die Masseneinwanderungsinitiative wurde ebenfalls vom Stimmvolk angenommen. Der Bundesrat macht aber keinen Hehl daraus, dass er die Initiative ablehnt. Er hat div. Organisationen – aber nur solche, welche die Initiative bekämpfen – zu einem Gespräch über die Umsetzung eingeladen. Die Initianten, die immerhin über 50 Prozent der Stimmen auf sich vereinen, wurden nicht begrüsst, sie sollen erst später angehört werden. Diese Vorgänge in Bundesbern bedeuten aber (noch) nicht die Abschaffung der direkten Demokratie. Mit Sicherheit dürfen wir auch in Zukunft zu gewissen Themen ohne Ein-schränkungen abstimmen. Zum Beispiel über die Benennung von Strassen, Brücken oder Plätzen!

Otto Weiersmüller, Uetikon

Forstpflanzen jeder Art, erstklassige Qualität aus ausgewählten Beständen

Wildgehölze für stufige Waldränder, Garten-, Bach- und Strassenbegleitbepflanzungen

Jungpflanzen
für Weihnachtsbäume

Wildverbiss- und Fegeschutz für Nadel- und Laubholz, Akazienpfähle zur Befestigung

Fordern Sie unsere Preisliste an!

Josef Kressibucher AG
Forstbaumschule
Ast 2
8572 Berg TG
Tel. 071 636 11 90
Fax 071 636 10 29
www.kressibucher.ch

Gewerberaum 365 m² H 3.80 m
Brunaustrasse 200
8951 Fahrweid-Weiningen ZH
Gewerbe Zone Weiningen

Strassenverbindungen sehr gut.
40 T Verlademöglichkeit. Parkplätze vorhanden.
Gute ÖV Verbindung. Alle 15 Min. nach Zürich.

Der Gewerberaum ist ebenerdig erschlossen.
Fenster Fronten östlich und westlich.
Energie im Raum: 3X400V/100A. Erdgas unbeschränkt.
Warm- und Kaltwasser im Raum. Ev. Büros im OG.
Lagerräume im UG. Lift vom UG zum EG.
Toiletten und Garderoben im UG.
Miete jährlich pro m² 160.- SFR

Kontaktadresse:
Kaleido Verwaltungs AG
Dorfstrasse 32
5430 Wettingen
Tel. 056 222 56 55
Herr Rolf Schärer

Eigentümer: W+A Rutz AG / Werner Rutz

WUCHEMÄRT
WOCHE FÜR WOCHE AKTUELL

ZU VERKAUFEN

Ökoheu. 100 Ballen klein. Preis günstig. Tel. 052 745 19 23.

ZU KAUFEN GESUCHT

Kaufe **Autos, Busse, Lieferwagen etc.** Gute Barzahlung, gratis Abholdienst. Tel. 079 613 79 50 auch SA/SO.

IHR INSERAT IM WUCHEMÄRT

Zürcher Bauer Der Zürcher Bote

Sie suchen etwas Spezielles oder möchten sich schon lange von einem Gegenstand trennen? Fehlt Ihnen eine Begleitung zum Wandern oder Jassen? **Inserieren Sie einfach und unkompliziert und erreichen Sie über 10 000 Leserinnen und Leser.** Füllen Sie dazu das Formular unter folgender Internetadresse aus:

www.stutz-druck.ch/wuchemaert

Preise
3 Zeilen à 35 Anschläge (total 105) für **nur Fr. 20.–** inkl. MWSt.
6 Zeilen à 35 Anschläge (total 210) für **nur Fr. 40.–** inkl. MWSt.

Einsendeschluss
jeweils am Dienstag für die Ausgabe vom Freitag.

Rufen Sie uns bei Fragen bitte an: Telefon 044 783 99 11
Wir können nur Inserate veröffentlichen, für die der korrekte Betrag überwiesen wurde. Die Zahlungsangaben finden Sie auf der oben genannten Internetseite. Besten Dank für Ihr Verständnis.

LESERBRIEF

Steuererhöhung wegen Schwarzmalerei

Jetzt liegt der Jahresabschluss 2013 der Gemeinde Zumikon vor: Die Zahlen der Schulgemeinde sind 2 Millionen Franken besser als veranschlagt und die politische Gemeinde verzeichnet statt 5,7 Millionen Franken Defizit fast 900000 Franken Überschuss! Dies ist zahlenmässig zwar sehr erfreulich, trotzdem aber sehr brisant: An der letzten Gemeindeversammlung wurde – gegen den Antrag der SVP – eine umstrittene Steuererhöhung von massiven 6 Prozent beschlossen, deren Notwendigkeit der Gemeinderat mit der angeblich düsteren Finanzlage der Gemeinde begründet hatte. Nun ist der Abschluss sehr viel positiver ausgefallen und die Schwarzmalerei als politischer Zweckpessimismus entlarvt worden. Als Steuerzahler und Stimmbürger fühlt man sich verschaukelt: Mit dem Verweis auf Defizite vermochte der Gemeinderat zwar die Steuerhöhung durchzudrücken, hat sich aber damit ein erhebliches Glaubwürdigkeitsproblem eingehandelt. Nun ist er gefordert, seine Glaubwürdigkeit wieder herzustellen: Mit einer konsequenten Aufgaben- und Kostenüberprüfung sowie einer Steuersenkung für das nächste Jahr!

Gérard Olivary,
Vize-Präsident SVP Zumikon

Achtung!

Zahle **Höchstpreise** für alle **Autos.**

Komme bei Ihnen vorbei.

Tel. 044 822 26 11

Besuch des Europarats Strassburg mit Alfred Heer
Tagesauflug, Dienstag, 8. April 2014

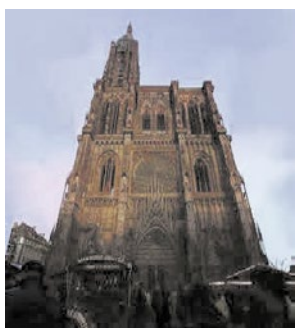
Programm:

07.10 Uhr **Abfahrt** mit Car ab Zürich (Fahrzeit ca. 2.40 h)
10.10 Uhr **Ankunft** im Europarat, Begrüssung durch Alfred Heer

10.15 Uhr **Eintritt Europarat,** Einführung und Diskussion mit Alfred Heer, Nationalrat und Mitglied des Europarats:
– Die Bedeutung des Europarates für die Schweiz
– Die Aufgabe der SVP im Europarat
Besuch der Tribüne des Europarates, kurze Filmvorführung über den Europarat und Führung durch den Europapalast mit Alfred Heer

Danach Aperitif und gemeinsames Mittagessen in einem typischen Elsässer Restaurant in der Altstadt mit Alfred Heer

ca. 14.30 Uhr **Nachmittag zur freien Verfügung in der sehenswerten Altstadt**
evtl. Schifffahrt, Altstadtbesichtigung, Shopping



17.30 Uhr **Rückfahrt** nach Zürich

ca. 20.15 Uhr **Eintreffen** in Zürich

Kosten: **Fr. 140.– pro Person,** alles inklusive
(extra: Getränke, ev. Stadtführung, Schifffahrt)

Anmeldung: *christoph.baehler@svp-zuerich.ch – Telefon 044 217 77 61*
Bitte umgehend anmelden, Anzahl Plätze begrenzt.

Herzliche Einladung zum 1. Öffentlichen Politstamm im Furttal

Samstag, 15. März 2014

10:00 –11:45 Uhr, Gasthof „Höfli", Otelfingen
Gastreferent: Nationalrat Gregor Rutz

Thema: „Aktuelles aus Bundesbern, wie z. B. Ausschaffungsinitiative etc."

10:00 Uhr: Begrüssung Jürg Sulser, Kantonsrat SVP
10:05 – 10:45 Uhr: Referat Gregor Rutz, Nationalrat SVP
10:45 – 11:15 Uhr: Diskussion
11:15 – 11:45 Uhr: Apéro (Die Organisatoren laden ein)

Der Öffentliche Politstamm wird organisiert durch Jürg Sulser, Kantonsrat SVP sowie den SVP-Ortssektionen Furttal.

SCHWEIZER QUALITÄT
SVP
Die Partei des Mittelstandes

Initiative für Ernährungssicherheit

Unser Essen sichern!

www.ernaehrungssicherheit.ch

Wöchentliche Fernsehsendung mit Christoph Blocher

Alt Bundesrat Christoph Blocher stellt sich wöchentlich den Fragen von Dr. Matthias Ackeret, Journalist und Autor des Buches «Das Blocher-Prinzip». Die aktuelle Fernsehsendung wird jeweils am Samstagnachmittag ab 14.00 Uhr im Internet auf www.teleblocher.ch übertragen.

SVP-KANTONSRATSFRAKTION

Kantonsrat / Fraktion
Montag, 10. März 2014, 13.00 Uhr, Sitzung, Zunfthaus zur Haue.

SVP-STAMM

Bezirk Affoltern / Aeugst
Jeden 1. Donnerstag im Monat, ab 20.00 Uhr, Restaurant Eichhörnli, Aeugst.

Bezirk Andelfingen / Buch am Irchel
Jeden ersten Samstag im Monat, ab 10.00 Uhr, Restaurant Sonne, Hauptstrasse 12, Buch am Irchel.

Bezirk Bülach / Embrach
Jeweils am letzten Sonntag im Monat, ab 10.30 bis 12.00 Uhr, Restaurant Rose, Oberembrach.

Bezirk Dielsdorf / Dielsdorf
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Löwen, Dielsdorf.

Bezirk Dietikon / Birmensdorf
Jeden ersten Samstag im Monat, ab 10.00 Uhr, Restaurant Sonne, Luzernerstrasse, Birmensdorf.

Bezirk Horgen / Oberrieden
Jeden 3. Donnerstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Bar Galerie zur Zinne, Oberrieden.

Bezirk Meilen / Küsnacht
Jeden Sonntag, von 10 bis 12 Uhr, Restaurant Schützenstube, Küsnacht.

Bezirk Uster / Uster
Immer am ersten Samstag im Monat, 11.00 Uhr, Restaurant Post, Poststrasse 4, Uster.

Junge SVP Kanton Zürich
Jeden letzten Freitag im Monat, 20.00 Uhr, Parteihöck im Raum Zürich, Standort und Details werden auf unserer Homepage: www.jsvp-zh.ch aufgeschaltet.

Junge SVP Stadt und Bezirk Winterthur
Jeden ersten Freitag im Monat, ab 20.00 Uhr, in der First Choice Bar, Winterthur.

Stadt Winterthur / Seen
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Kafi Burehus, Winterthur-Seen.

Stadt Zürich / Kreis 1 und 2
Jeden zweiten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Muggenbühl, Muggenbühlstrasse 15, Zürich-Wollishofen.

Stadt Zürich / Kreis 4 und 5
Jeden ersten Donnerstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Holzschopf, Heinrichstrasse 112, Zürich.

Stadt Zürich / Kreis 6
Jeden ersten Montag im Monat, 19.00 Uhr, Restaurant Neubühl, Winterthurerstrasse 175, Zürich.

Stadt Zürich / Kreis 12
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Schwamendingerhuus (Schwamendingerplatz), Zürich-Schwamendingen.

SVP-VERANSTALTUNGEN

Bezirk Affoltern / Hausen am Albis
Montag, 10. März 2014, 20.00 Uhr, Restaurant Schönegg, Hausen am Albis, Generalversammlung.

Bezirk Dielsdorf / Otelfingen
Samstag, 15. März 2014, 10.00–11.45 Uhr, Gasthof «Höfli», Otelfingen, 1. öffentlicher Politstamm im Furttal, mit Gastreferent Nationalrat Gregor Rutz zu aktuellen Themen aus Bundesbern, Begrüssung durch Kantonsrat Jürg Sulser, Apéro im Anschluss an das Referat, offeriert durch die Organisatoren. Der Politstamm wird organisiert durch Jürg Sulser und die SVP-Ortssektionen im Furttal.

Bezirk Dielsdorf / Rümlang
Samstag, 8. März 2014, 10.00 Uhr, Restaurant Sorriso, Glattalstrasse 182, Rümlang, 22. Politstamm. Als Referentin nimmt Nationalrätin Natalie Rickli teil. Thema: «Aktuelles aus Bundesbern».

Bezirk Dietikon / Dietikon
Freitag, 21. März 2014, 18.30 Uhr, Reithalle Fondli, Dietikon, musikalischer und literarischer Walliserabend, öffentlicher Anlass. Zu Gast: Oskar Freysinger, National- und Walliser Staatsrat. Eintritt pro Person: Fr. 30.– (Racletteplausch, Dessertbuffet, alkoholfreie Getränke im Eintrittspreis inbegriffen; alkoholische Getränke exklusiv). Anmeldung bis spätestens 3. März 2014 per Mail: chrigu.huber@sunrise.ch oder Post: Christian Huber, Staffelackerstrasse 6, 8953 Dietikon. ACHTUNG: Die Platzzahl ist beschränkt, Berücksichtigung der Anmeldungen nach Eingangsdatum.

Bezirk Dietikon / Urdorf
Samstag, 3. Mai 2014, 10.00 Uhr (ab 9.30 Uhr Kaffee und Gipfeli), ref. Kirche, Kirchgemeindehaus, Poststrasse 50, Dietikon, Gripen-Anlass, Ja zum «Gripen-Fondsgesetz», Abstimmung vom 18. Mai 2014. Referenten: Korpskommandant André Blattmann, Chef der Schweizer Armee, Hans Egloff, Nationalrat SVP, Markus Binder, Präsident SVP Urdorf und Fabio Bosch, Grenadier-Offizier. Während der Veranstaltung steht ein Kinderhütedienst zur Verfügung. Im Anschluss an die Referate gemütliches Beisammensein mit Wurst und Grill, Getränken und volkstümlicher Musik.

Bezirk Hinwil / Wetzikon
Dienstag, 25. März 2014, 20.00 Uhr, Hotel Drei Linden, Bahnhofstrasse 73, Wetzikon, Öffentliche Veranstaltung mit Nationalrat Christoph Blocher zu aktuellen Themen. Veranstaltung der SVP Wetzikon.

Bezirk Meilen
Dienstag, 25. März 2014, 18.15 Uhr (Türöffnung 18.00 Uhr), Vogtei, Schulhausstrasse 49, Herrliberg, ordentliche Delegiertenversammlung. Nachtessen um 19.15 Uhr.

Dienstag, 25. März 2014, 20.15 Uhr (Türöffnung 19.45 Uhr), Vogtei, Schulhausstrasse 49, Herrliberg, Referat von Armeechef KKdt André Blattmann zum Thema «Wert der Sicherheit: Auf dem Weg zu mehr Ehrlichkeit».

Bezirk Meilen / Männedorf
Dienstag, 20. Mai 2014, 20.00 Uhr, reformierter Kirchgemeindesaal, Zentrum Leue, Männedorf, öffentlicher Informationsabend. Was macht der Kantonsrat gegen die zunehmenden Staus auf den Hauptstrassen? Müssen wir bald wieder mit Steuererhöhungen rechnen? Wann kommt der neue kantonale Richtplan? Wie verlaufen die Arbeiten für die Totalrevision des Gemeindegesetzes? Zu diesen und anderen Fragen stehen Ihnen die Kantonsräte der SVP Bezirk Meilen Red und Antwort: Theres Weber-Gachnang, Claudio Zanetti, Hans-Peter Amrein und Rolf R. Zimmermann. Anschliessend an die Veranstaltung wird ein Apéro offeriert.

Bezirk Meilen / Oetwil am See
Freitag, 11. April 2014, 19.00 Uhr (Apéro 18.30 Uhr), Restaurant Terrasse (Klinik Schlössli), Oetwil am See, Generalversammlung. Anschliessend Nachtessen (fakultativ) und Referat von Nationalrätin Natalie Rickli. Anmeldung bis Freitag, 14. März 2014 an jpm.berger@bluewin.ch

Bezirk Meilen / Zollikon
Montag, 24. März 2014, 19.30–21.30 Uhr, Reformiertes Kirchgemeindehaus, Rösslirain 2, Zollikon, Öffentliche Veranstaltung «Die verschwiegene Geiselnahme» – Steuerkrieg der USA gegen die Schweiz. Nationalrat Alfred Heer diskutiert mit den beiden Buchautoren Dr. Valentin Landmann, Rechtsanwalt, und Dr. René Zeyer, Publizist, über ihr aktuelles Buch und eines der schwärzesten Kapitel in der Geschichte der Schweizer Banken. Apéro ab 19.30 Uhr, Beginn der Diskussion um 20.00 Uhr. Parkplätze im Parkhaus Gemeindesaal / Migros. Organisator: SVP Zollikon.

Bezirk Pfäffikon / Russikon
Samstag, 8. März 2014, 09.00–11.30 Uhr, Gemeindehaus Russikon, Standaktion mit den SVP Kandidaten. Thomas Matter, Initiant der Initiative «Gläserner Bürger» unterstützt beim Unterschriftensammeln.

Stadt Zürich / Kreis 10
Donnerstag, 3. April 2014, 19.30 Uhr (Apéro 19.00 Uhr), Restaurant Limmatberg, Höngg, Generalversammlung. Gäste: Kantonsräte Rolf Stucker und Bruno Amacker.

Stadt Zürich / Kreis 11
Freitag, 23. Mai 2014, 18.00 Uhr (Referat 18.30 Uhr), Voléro-Lounge, Binzmühlestrasse 80, Max Bill-Platz, Zürich-Oerlikon, Polit-Apéro. Gastreferent: Kantonsrat Matthias Hauser, SVP, Hüntwangen. Thema: «Wie kann die Volksschule wieder gesunden?».

Freitag, 22. August 2014, 18.00 Uhr (Referat 18.30 Uhr), Voléro-Lounge, Binzmühlestrasse 80, Max Bill-Platz, Zürich-Oerlikon, Polit-Apéro. Referentin: Nationalrätin Natalie Rickli, SVP, Winterthur. Thema: «News aus Bundesbern».

Freitag, 31. Oktober 2014, 18.00 Uhr (Referat 18.30 Uhr), Voléro-Lounge, Binzmühlestrasse 80, Max Bill-Platz, Zürich-Oerlikon, Polit-Apéro. Referent: Gemeinderat Dr. Daniel Regli, SVP, Zürich, Thema: «Duttweiler und Schloter – von der Kunst des Möglichen».

SVP-FRAUEN

SVP-Frauen Stadt Zürich
Donnerstag, 24. April 2014, 19.30 Uhr, Hotel Mercure-Stoller, Albisriederplatz, Zürich, Mitgliederversammlung.

Donnerstag, 26. Juni 2014, 19.00 Uhr, Sommerhöck (weitere Angaben folgen).

Montag, 1. September 2014, 19.30 Uhr, Hotel Mercure-Stoller, Albisriederplatz, Zürich, Mitgliederversammlung.

Montag, 3. November 2014, 19.30 Uhr, Hotel Mercure-Stoller, Albisriederplatz, Zürich, Mitgliederversammlung.

Freitag, 28. November 2014, 19.00 Uhr, Adventsessen (weitere Angaben folgen).

Dienstag, 27. Januar 2015, 19.00 Uhr, Hotel Mercure Stoller, Albisriederplatz, Zürich, Generalversammlung.

WEITERE POLITISCHE VERANSTALTUNGEN

Dienstag, 15. April 2014, 20.00 Uhr, Gemeindesaal Schulanlage Obstgarten, Tränkebachstrasse 35, Stäfa, Podium Gripen, Leitung: Andreas Schürer, Redaktor NZZ. Pro: KKdt a D Markus Gygax, ehemaliger Kommandant Schweizer Luftwaffe; Oberstlt i Gst Joel W. Gieringer, Präsident OG Kt. ZH u. RPK Herrliberg, FDP, und Kantonsrat Hans-Peter Amrein, SVP, Küsnacht. Contra: Nationalrat Beat Flach, GLP, Auenstein/AG; Nationalrat Balthasar Glättli, Grüne, Mitglied GSoA, Zürich und Nationalrätin Barbara Gysi, Vizepräsidentin SP Schweiz, Wil/SG. Veranstalter: FDP, OGZrU, GLP, GP und SVP.

Mittwoch, 16. April 2014, 19.00 Uhr, Restaurant Kaserne, Bülach, öffentliches Podium zur «Gripen-Abstimmung» mit KKdt Markus Gygax, ehem. Kommandant Luftwaffe und NR Hans Fehr (pro) sowie NR Chantal Galladé, SP, und Martin Bäumle, Grünliberale (contra). Veranstalterin: Offiziersgesellschaft Zürcher Unterland (OGZU).

Donnerstag, 8. Mai 2014, 18.00 Uhr, maxon motor AG, Brünigstrasse 220, Sachseln/OW, Podiumsgespräch/44. Fabrikgespräch maxon motor AG zum Thema «Die Entwicklung im Mittleren Osten: Was sind die Konsequenzen für die Schweiz?» (Migration, Entwicklungshilfe vor Ort, Probleme mit Asylsuchenden in der Schweiz) mit NR Hans Fehr, SVP/ZH, Manuel Bessler, Vizedirektor DEZA, Delegierter für humanitäre Hilfe und Chef SKH und Mario Gattiker, Direktor Bundesamt für Migration.

MOTORRAD-CLUB SVP

Ausfahrten
Sonntag, 25. Mai 2014, **1. Ausfahrt:** 5-Seen-Tour.

Sonntag, 22. Juni 2014, **2. Ausfahrt:** Nähere Angaben folgen.

Sonntag, 20. Juli 2014, **3. Ausfahrt:** Vogesen.

Sonntag, 24. August 2014, **4. Ausfahrt:** Nähere Angaben folgen.

Sonntag, 21. September 2014, **5. Ausfahrt:** Nähere Angaben folgen.

Sonntag, 5. Oktober 2014, **6. Ausfahrt:** Nähere Angaben folgen.

Generalversammlung
Freitag, 25. April 2014, Hof Spaltenstein, Tannenhof, Rankstrasse 90, Kloten.

Schlussfest
Freitag, 10. Oktober 2014, Gasthof Löwen, Mönchaltorf.

Sommerreise
Donnerstag, 7. August 2014 bis Sonntag, 10. August 2014: Nähere Angaben folgen.

IMPRESSUM

Der Zürcher Bote

ISSN 2296–3480
Organ: Schweizerische Volkspartei des Kantons Zürich
Erscheint jeden Freitag

Abonnementspreis jährlich:
Parteimitglieder Fr. 48.–
Nichtmitglieder Fr. 58.–
+ 2,5 % Mehrwertsteuer

Redaktion:
Reinhard Wegelin (rw.),
Christoph Bähler (ba.)
Tel. 044 217 77 64, Fax 044 217 77 65
zb@svp-zuerich.ch
SVP des Kantons Zürich
Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf

Inseraten-Annahme:
print-ad kretz gmbh, Fredi Kretz
Tramstrasse 11, Postfach,
8708 Männedorf
Tel. 044 924 20 70, Fax 044 924 20 79
inserate@zuercher-bote.ch

Inseratenschluss:
Dienstag 17.00 Uhr

Insertionspreise:
www.stutz-druck.ch/content/der-zuercher-bote

Druck und Abonnementsdienst:
Stutz Druck AG
Einsiedlerstrasse 29, 8820 Wädenswil
Tel. 044 783 99 11, Fax 044 783 99 22
info@stutz-druck.ch

Stämme
Dienstag, 13. Mai 2014, 19.00 Uhr, **1. Stamm**, Restaurant Windegg, Hochwachtstrasse 3, Albispass.

Donnerstag, 12. Juni 2014, 19.00 Uhr, **2. Stamm,** Schürlibeiz Aspenhof, Thalheim a. d. Thur.

Donnerstag, 10. Juli 2014, 19.00 Uhr, **3. Stamm,** Restaurant Tanne, Dorfstrasse 24, Grafstal.

Dienstag, 29. Juli 2014, 19.00 Uhr, **4. Stamm,** Restaurant Grünwald, Regensdorferstrasse 237, Zürich.

Dienstag, 19. August 2014, 19.00 Uhr, **5. Stamm,** Restaurant Laufenbach, Gmeinddrütistrasse 1b, Rüti.

Öffentliche Veranstaltung

Masseneinwanderung – wie weiter?

Christoph Blocher Nationalrat

25. März – 20.00 Uhr
Hotel Drei Linden Wetzikon

Junge SVP
SVP Schweizer Qualität
www.svp-oberland.ch Bezirk Hinwil